

Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 18 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig
Zeiger Straße 30 IV, Volkshaus, Ausgang B oder C
Fernruf 27503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppelgespaltene Kleinzeile 10 Mark. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einbindung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 49 Sonnabend, den 9. Dezember 1922 26. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperr-, Streik-, Zugang fernhalten“, in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zählstelle einzuziehen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten einget, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Gesperret:

Firma Gersch-Söhne und das Grabsteingeschäft Georg Hepp in Stettin. In Dramburg, Betrieb Perius. In Halle a. S. Firma a Brassard. In Köln Firma Hertel für Bildhauer.

Streik:

In Steinach (Schieferwerk A. Kleinert & Sohn).

Zugang ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperr- und Streik von Stettin und Greifenhagen (Pommern). Von Reginitz (Firmen Germ. Wagner und Wilhelm Born). Von sämtlichen Betrieben in der Zählstelle Jannowitz. Von Briesg und Ohlau (Bezirk Breslau). Von Faberborn (Gebr. Spaltheof). Von Duisburg (Marmorarbeiter).

Erlebte Bewegungen:

Kln. Der Streik der Steinmetzen wurde mit Erfolg beendet.

Die Gewerkschaftsbank.

Kürzlich wurde, nur so nebenbei in einem Eingekant, auf die „kommende Gewerkschaftsbank“ hingedeutet; es ist deshalb angebracht, die Verbandsmitglieder zu informieren, was es mit dieser Bank für eine Verwandtschaft hat. Den älteren Kollegen wird in Erinnerung sein, daß schon vor zirka zehn Jahren das Projekt einer Gewerkschaftsbank erörtert wurde, aber es blieb damals nur bei der Erörterung. Heute dagegen wird ohne großes Ausspielen des Für und Wider das frühere Vorhaben verwirklicht, weil es im erweiterten Aufgabenkreis der Arbeiterorganisationen und ihnen verwandter Gebilde nicht mehr entbehrt werden kann. In der Deutschen Arbeiter-Zeitung vom 11. August 1922 hat ein Erscheiner aus Bankreisen zu der Gewerkschaftsbank folgendes geschrieben, was im Hinblick auf die baldige Verwirklichung noch durchaus aktuell ist:

Das Nervenzentrum der kapitalistischen Wirtschaft ist die Großbank. Durch tausend und aber tausend Zweigniederlassungen und Depotstellen ist die Bankfiliale so nahe als irgendmöglich an das Publikum herangebracht, um durch diese Saugnäpfe alles nicht augenblicklich gebrauchte Geld aller Bevölkerungskreise aufzusaugen. Der Gold- oder heute der Papierstrom fließt in den Gewölben des Zentralinstituts zusammen, um von dort den verschiedenen Unternehmungen zugeleitet zu werden. Soweit hierdurch eine Schaffung neuer Produktionsstellen für die Erzeugung notwendiger Bedarfsartikel, eine Förderung des Verkehrs, die Erschließung neuer Kraft- und Rohstoffquellen, eine Verminde rung der körperlichen Arbeit durch Vervollkommnung der Technik erreicht wird, erfüllen die Banken eine überaus wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe. Wir dürfen nicht verkennen, daß unsere hochentwickelte Technik riesenvermöge mit einem riesenanlagekapital erfordert, ja die Fortentwicklung der Technik bedingt eine immer gewaltigere Kapitalbindung. Es ist ein überaus törichtes und demagogisches Geschwätz unserer Gegner, wenn sie behaupten, daß wir gemäß unserm Grundgesetz vom unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, und weil wir die kapitalistische Wirtschaft durch eine Gemeinwirtschaft überwinden wollen, das Kapital als solches zu vernichten trachten. Wir bekämpfen die im Kapitalismus unabänderlich stehende Tendenz, daß das Kapital nicht der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, sondern dem größeren Profit nachgeht, daß die Kapitalanlage lediglich beherrscht wird von der Gewinnansicht. In Berlin-Moabit wurde in diesem Frühjahr ein großer neuer Rummelplatz geschaffen. Viele große Holzbauten für eine Wolkensturzbahn und anderen Klimabium sind dort erstellt, viele tausend Kubikmeter Holz wurden hierzu verbraucht, viele Millionen Mark haben die Bauten gekostet, Holz, Geld, Arbeitskräfte standen für diesen Rummelplatz scheinbar in ungezählter Menge zur Verfügung, während viele Millionen unseres Volkes der notdürftigsten Unterkunft ermangeln. Der Kapitalismus und sein ausgesprochener Vertreter, die Bank, kennen nur den Kapitalprofit, ein höheres volkswirtschaftliches Interesse gibt es für sie nicht.

Doch bezweifle ich, daß wir durch eine staatliche Enteignung, durch eine Sozialisierung der Bank, mit einem Schlag die kapitalistische Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft überführen können. Durch einen solchen Gewaltstreik würden wir unsere überaus empfindliche Wirtschaft wahrheitsgemäß in einer ähnlichen Weise in Verwirrung bringen, wie dies in Rußland der Fall ist. Vollständige Störung der Wirtschaft auf lange Zeit, Arbeitslosigkeit und Hunger wären die unausbleiblichen Folgen. Die Wirtschaft läßt sich nicht durch papierene Paragraphen und Verordnungen meistern. Nur durch zielbewusste Entwicklung einer höheren Wirtschaftsordnung kann die niedere, rückständige Wirtschaftsform überwunden werden. Die Keimzellen dieser höheren Wirtschaft, der Gemeinwirtschaft, sind die vorhandenen und sich immer mehr ausdehnenden gemeinwirtschaftlichen Betriebe mannigfacher Art. Die Konsumgenossenschaften mit ihren Eigenproduktionsbetrieben, die Bau- und Siedlungsgenossenschaften, die sozialen Baubetriebe, viele Arbeiter-Produktionsgenossenschaften, viele Partei- und Gewerkschaftsdruckereien, die kommunalen Staats- und Reichsbetriebe, aber auch die landwirtschaftlichen und heute rein kapitalistischen Genossenschaften und Gemeinwirtschaftsbetriebe werden ein wichtige Vorstufen für die Entwicklung der Gemeinwirtschaft bilden.

Doch ist auf dem Wege dieser Entwicklung noch ein gewaltiges Stück zurückzulegen, bevor wir von einer Durchdringung unserer Wirtschaft durch die Gemeinwirtschaft reden können. Um aber auch nur einen Schritt vorwärtszukommen, ist Geld, sind Millionen, ja Milliarden von Mark nötig. Vieles wäre vielleicht schon geschaffen, wenn ein großzügiges Geldinstitut dagewesen wäre, das die notwendigen Kapitalien hätte zur Verfügung stellen können. Das war bisher leider nicht der Fall. Das Geldinstitut muß deshalb mit der größten Beschleunigung geschaffen werden. Es muß eine Gewerkschaftsbank auf breiter Grundlage entstehen. A.F.-Bund und A.D.W. haben bereits die Vorarbeiten aufgenommen, so daß wir mit der Verwirklichung dieses heute sehr viel erörterten Planes in absehbarer Zeit rechnen können.

Die Gewerkschaftsbank wird es sich zunächst zur Aufgabe zu machen haben, alle in der Arbeitermehrschaft vorhandenen Geldmittel anzuziehen. Sie muß die Bank aller Arbeitnehmervereinigungen irgendwelcher Art werden. Sie muß vor allem aber auch die Sparkasse des Arbeiters, Angestellten und Beamter werden. Es sind Mittel und Wege zu finden, um durch die Ortsstellen — vielleicht auch durch besondere Vertrauenspersonen — die Saugnäpfe der Bank möglichst dicht an die Arbeitnehmer, möglichst unmittelbar an die Arbeitsstelle zu legen. In größeren Orten mit Ortsstellen sind Zweigniederlassungen der Gewerkschaftsbank zu bilden. Diese Zweigniederlassungen hätten, ähnlich den Depotstellen, die Ein- und Auszahlungen an die Deponenten vorzunehmen. Darüber hinaus wäre den Zweignstellen eine gewisse Selbstständigkeit einzuräumen zur Befriedigung des örtlichen Kredits. Gegen Stellung ausreichender Sicherheiten, Bürgschaften, Zejtionen, Hinterlegungen könnten die Zweignstellen Darlehen geben, um ihren Sparern bei unerwarteten größeren Ausgaben behilflich zu sein. Weiter würden sie für den Bau von Siedlungshäusern, für die Bauhütten und sonstigen örtlichen Arbeitergenossenschaften nach vorheriger Beratung mit der Zentrale die Geldgeber werden. Es soll nicht verkannt werden, daß den verantwortlichen Personen hier schwierige Aufgaben zufallen, daß überall mit äußerster Vorsicht gearbeitet werden muß, aber in den verschiedenen Gewerkschafts- und Parteifunktionären, in den Genossenschaften und in der Angestelltenchaft dürften wir genügend erfahrene Männer finden, die den beruflichen Zweignstellenleiter sachkundig unterstützen können, so daß weitestgehende Sicherheiten gegen Verluste gegeben sind.

In der Zentral-Gewerkschaftsbank fließen alle örtlich gesammelten und nicht benötigten Mittel zusammen. Die Aufgaben des Zentralinstituts würden sehr mannigfaltiger Art sein. Man sollte sie von vornherein keineswegs eng begrenzen, sondern durch die Erfahrung bestimmen lassen, wo überall die Bank sich im Interesse der Arbeitnehmer betätigen kann. Leitender Grundgedanke muß einzig und allein sein, daß jedwede Betätigung der Arbeitermehrschaft zu dienen hat. Die nächstliegende Aufgabe ist natürlich, den wechselnden Geldbedarf der verschiedenen Arbeitnehmervereinigungen auszugleichen. Hierzu gehört vor allem auch die Finanzierung großer Arbeitskämpfe. Wir werden damit rechnen können, daß die Arbeitskämpfe in Zukunft einen immer größeren Umfang annehmen. Jede bedeutendere Arbeitsniederlegung wird von den Arbeitgebern mit einer Aussperrung größten Stils beantwortet. Erinnert sie nur an den Kampf der Metallarbeiter in Süddeutschland. Da kann die Finanzkraft einer Gewerkschaft trotz größter Anspannung der Opferfreudigkeit der Mitglieder zu erliegen drohen. Heute ist es in einem solchen Falle außerordentlich schwer, schnell die Summe aufzubringen, die zur Durchführung eines Arbeitskampfes notwendig ist. Mit Hilfe der Gewerkschaftsbank wäre es ein leichtes, auch den allergrößten Anforderungen zu genügen. Die Gewerkschaften dürften allgemein ihren Warenbedarf gegen bar einkaufen. Eine Aufforderung der Bank an die Verbände, alle verfügbaren Mittel umgehend einzufrieden, würde die Gewerkschaften veranlassen können, vorübergehend den Kredit ihrer Lieferanten in Anspruch zu nehmen und viele Millionen der gesamten organisierten Arbeitermehrschaft wanderten ihrer Bank zu, um von dort der Unterfützung der kämpfenden Kollegen zugeführt zu werden.

Aber die Gewerkschaftsbank soll nicht eine ausgesprochene Streifenbank sein, deren alleiniger Zweck die Finanzierung der Arbeitskämpfe ist. Ja, so wichtig diese Aufgabe für die die Bank gründenden Gewerkschaften ist, so sollte dieser Umstand doch nur eine willkommene Nebenwirkung sein. Wesentlich höher anzuschlagen sind die wirtschaftlichen Aufgaben dieser Bank. Alle Unternehmungen der Arbeiter leiden heute an einem außerordentlichen Geldmangel. Das einzelne Unternehmen erstreckt sich immer nur auf einen ziemlich kleinen Personenzirkel. Die wenigen Beteiligten sind meist nicht kapitalkräftig genug, um eine großzügige Anlage finanzieren zu können. Zur Heranziehung der breiten Masse fehlt aber immer der dazu nötige Apparat, da er nur mit großen Kosten geschaffen und aufrechterhalten werden kann. Auch sind Nutzenstehende, besonders wenn sie nicht am Ort des Unternehmens selbst wohnen, mißtrauisch und zurückhaltend, weil sie die Sicherheit ihrer Einlage nicht übersehen können, da ihnen die nötigen Sach- und Personentennnisse fehlen. Bankkredit ist teuer, die Privatbanken sind andererseits Arbeiterunternehmungen gegenüber besonders vorzüglich, denn sie wissen, daß sie mit der Förderung dieser Unternehmungen den Akt abjagen helfen, auf dem sie selbst sitzen. So kann gar manches nicht in Angriff genommen werden, lediglich weil die nötigen Mittel fehlen. Die Gewerkschaftsbank wäre in der Lage, auch an die größten wirtschaftlichen Aufgaben heranzugehen. Hingewiesen sei dabei einmal auf den Verband sozialer Baubetriebe. Er muß seine besondere Aufgabe darin erblicken, sich Produktionsstätten für Baumaterialien, Ziegel, Kalk, Zement usw. anzugliedern, und gewaltige Summen sind hierzu erforderlich. Mit Hilfe der Gewerkschaftsbank können die nötigen Mittel aufgebracht werden. Weiter ist in den Gewerkschaften, Parteien, Genossenschaften usw. ein gewaltiger Papierbedarf vorhanden. Für eine große Papierfabrik gäbe es sicher Arbeit in Hülle und Fülle. Durch Einheitsformate und Einheitsqualitäten könnte auch ein sehr rationelles Arbeiten gesichert werden, aber Geld, viel Geld ist wiederum notwendig, um diesen Schritt auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft zu tun.

Führer der Bank müssen die besten Köpfe, die besten Wirtschaftskennner sein. Sie müssen hier zu neuer Betätigung anregen, dort sich ausichtslosen Forderungen mit größter Energie entgegenstemmen. Sie müssen den Mut haben, sich unbeliebt zu machen. Ihre Aufgabe wird keine leichte, aber eine sehr dankbare sein. Während die Erfolge der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung schnell im Strudel der Zeit der Vergessenheit anheimfallen, wird jede Schöpfung der Gewerkschaftsbank ein Markstein der wirtschaftlichen Macht der Arbeitermehrschaft sein, wenn sie einig und einheitsvoll ist.

Einsichtsvolles Erkennen der hohen wirtschaftlichen Bedeutung der Gewerkschaftsbank von Seiten der Arbeitnehmer ist die beste Voraussetzung für das schnelle Gelingen des großen Planes. Wir müssen einsehen, daß unsere Spargroschen in den Sparkassen, den Banken, den Wertspargassen mitfelsen an der Stärkung des Kapitalismus, daß wir damit selbst zu unserer eigenen Ausbeutung und Unterdrückung beitragen.

Die Beitragsleistung und Karenzzeit

hat erfreulicherweise verschiedene Wortmeldungen im „Steinmetz“ gebracht. Jeder der Debattierenden sucht mit mehr oder weniger stichhaltigen Gründen die Karenzzeit von 1/2 Jahr zu bejahen. Diese Absicht ist dem Wohle der Gesamtmitgliedschaft gewidmet, sie richtet sich gegen fortschreitende Verelendung, sie soll

den Widerstand stärken; also die Kampfkraft erhöhen! Dieser Anterton in dem Vorhaben ist demnach durchaus gesund. Die Redaktion wie die Gesamtverbandsleitung ist sich wohl bewußt, daß eine Regelung gefunden werden muß und auch gefunden wird, nur sollte vorerst die Auswirkung der höheren Beitragsleistung in der Hauptkassse zu spüren sein, erst dann läßt sich bestimmen und sicher weiter verfügen. Vielleicht wird auch eine Beitragsleistung am Jahresanfang sich mit der Sache beschäftigen, wenn nicht vorher die Verbandsinstanzen (Vorstand und Ausschuß) eine befriedigende Lösung finden. Dieser Regelungsversuch ist bereits schon vor Wochen vorgehen und am 10. Dezember wird eine gemeinschaftliche Sitzung der Verbandsinstanzen sich mit der Angelegenheit beschäftigen. Nur sei noch bemerkt, daß die Einsender unbedingt auch die Einwendungen zu berücksichtigen haben, die bisher an dieser Stelle gemacht wurden. Sie wurden nicht etwa vorgebracht, um ein berechtigtes Verlangen der Mitglieder unter allen Umständen abzuwehren, nein, das wäre rückständig und entspräche sicher nicht dem gemeinsamen Organisationsinteresse. Doch es ist immer zu beachten, daß die gemachten Einwendungen sich stützen auf Erfahrungen, die bisher noch stets die beste Lehrmeisterin ist. Alles Drumherumgerede, alle „wenn“ und „aber“ und „hätten“ schaffen nur einmal keine Grundlage. Auch das nicht, was einer mal früher über die Sache irgendwo unter ganz andern Verhältnissen gesagt hat (Verbandstag); eine solche Beweisführung ist ein altes Schema, und deshalb auch recht wurmfischig. Es muß immer wieder hervorgehoben werden, wie auch einzelne Einsender es lobenswerterweise getan haben, daß es an der richtigen Beitragsleistung nach dem Stundenlohn noch recht mangelt, und wer als Verbandsmitglied sich vom richtigen Beitrag drücken will, findet ganz sicher irgend eine Ausrede; denn Ausreden sind wohlfeil. Bei dem einen ist es die Karenzzeit, beim andern etwas anderes. Solange jedoch dem Verbands die richtige Beitragsleistung vorenthalten wird, haben die Vorenthalter durchaus kein Recht, sich etwa auf die Karenzzeit zu berufen; denn wie schon oft betont, gibt die Beitragsleistung erst die Grundlage, sie ist die Voraussetzung aller Berechnungen! Das hat der Verbandskassierer Kollege Geist in Nr. 41 und auch neuerdings die Redaktion in der Nr. 45 recht deutlich zum Ausdruck gebracht und wenn schon über die Angelegenheit eingehend und ernstlich diskutiert wird, dann darf etwa nicht über die angezogenen Darlegungen mit einem Adjektiv hinweggegangen werden, sonst rennen wir in der Behandlung der Frage sicherlich offene Türen ein. Nicht die Fülle des Gesprochenen machen eine Angelegenheit spruchreif, sondern erst die Gründe und brauchbare Vorschläge. — Der so bitter notwendige „Verweis rerum“ muß eben vorher aufgebracht werden, ehe er wieder zur Auszahlung kommen kann. Diese Winkehaftigkeit muß leider immer wiederholt werden. Wer sich von der Beitragszahlung nach Stundenlohn hesseln drückt mit dem Hinweis auf die 1/2-jährige Karenzzeit, handelt genau so töricht, wie jene Person, die mit der Eisenbahn fahren wollte, sich auch ein Billett löste und dann wartete, um zu sehen, wie das Bügelle fährt; und mancher dieser Beitragsdrücker würde am Lohnstag ganz gewiß und mit Recht sehr energisch werden, wenn der Unternehmer bei der Lohnzahlung zu ihm sagen würde: „Sören Sie, ich gebe erst die Hälfte des Lohnes, ich muß erst sehen, ob der Besteller Ihre angefertigten Werkstücke auch bezahlt.“

Die Kollegen und Kolleginnen können sicher sein, was auf Grund der Beitragsleistung für die Gesamtheit getan werden kann, wird von der Verbandsleitung auch unternommen. Zu raten wäre nun noch, daß jene, die sich auf andere Verbände berufen oder in diesem Zusammenhang wieder mit ihren Industrieverbänden aufmarschieren, sich erst einmal die statutarischen Bestimmungen anderer Verbände auf die Karenzzeit-Frage hin ansehen. Wir glauben ganz bestimmt, daß in der Beurteilung doch eine gewisse Ernüchterung Platz greift. Die Redaktion hat es bisher unterlassen, andere Verbände anzuführen, hat auch vorläufig gar nicht die Absicht dazu, vielleicht wird dieser Hinweis beachtet, um Vergleiche anzustellen mit der Leistung des Zentralverbandes der Steinmetzen und anderer Verbände, auch der großen. Nun ist unter anderem der Vorschlag gemacht, durch Extrabeiträge die Voraussetzungen für die Verfüzung der Karenzzeit zu schaffen. Die überzeugten Verbandsfunktionäre wären gewiß dafür zu haben, wenn so beschlossen wird, aber wie es sonst mit dem Einholen solcher Extrabeiträge bestellt ist, steht auf einem andern Blatt. Solange nicht in allen Orten der Beitrag genau nach dem Stundenlohn bezahlt wird, ist ein Extrabeitrag eine Strafbelastung jener Mitglieder, die bisher ihrer vollen Beitragspflicht genügt haben; sie sollen für die Drückberger zahlen! Der Extrabeitrag ist gewiß gut gemeint, hat aber auch seine Bedenken, wie wir vorstehend kurz angedeutet haben. Der Hauptwert ist in erster Linie auf die regelmäßige Wochenleistung zu legen, wenn dauernd gebessert werden soll. Die Beiträge müssen mindestens monatlich in jeder Zahlstelle neu geregelt werden und die vereinnahmten Gelder sofort der Hauptkassse überwiesen werden. In den Zahlstellen und in der Hauptkassse und im Markenverband erfordert das ohne Zweifel eine große Arbeitsleistung. Will man das eine, dann darf das andere nicht gescheut werden. Wollen wir nun noch das Notwendige opfern zur Stärkung der Hauptkassse, also des Kampffonds, dann könnte auf zwei oder mehr Wochen ein doppelter Beitrag erhoben werden; das haben im Laufe dieses Jahres mehrere Verbände mit Erfolg getan! Es wäre sicherlich praktischer und einfacher wie Extrabeiträge mit Extramarken, und wenn dann daneben mit allem Nachdruck örtlich der Beitrag geleistet wird, wie es der Stundenlohn vorschreibt, ohne Klausel, ohne Ausrede, ohne Abknapsen, dann haben wir die einzig richtige Lösung und können mehr leisten. Ein etwaiger Markenverschleiß durch die Gauleiter, wie angeregt, ist gewiß gut gemeint für den Verband, doch es wäre eine allzu große Belastung der schon sowieso schwer behafteten Agitationsleiter, und vom Verwaltungstechnischen Standpunkt aus gesehen falsch, also nicht ratsam, diesen Weg zu beschreiten. Wo ein Wille ist, findet sich auch ein Weg und der einzig gangbare ist im vorstehenden angegeben.

In einer der unten folgenden Einwendungen wird auch wieder der Redakteur aufgefordert, den Mitgliedern einen Weg zu zeigen, der aus dem wirtschaftlichen Glend herausführt. Ja, wenn der Redakteur ein solches Abwehlmittel wüßte und alle andern nicht, dann säße er gewiß nicht mehr in der Redaktion des „Steinmetz“ und steckte alle die Spitzfindigkeiten ein, die ihm die Post ins Bureau schleppt. Dieses Abwehlmittel ist ja die Kardinalfrage im politischen und wirtschaftlichen Kampf. Wir haben in Deutschland sehr viele außerordentlich geschickte Leute, zum Beispiel von Stinnes herunter bis Sölllein und Roenen. Aber die Kardinalfrage lösen, langt es bei keinem zu. Wir wissen: der eine will 16 bis 15 Jahre lang den Achtundtag befeitigen, will den Lohn abbauen, alle „überflüssigen“ Arbeitskräfte sollen entlassen werden

und jene, die Arbeit haben, sollen arbeiten, daß die Schwarte Inaakt. Der andere Geisheit will „Kontrolle“ der Produktion wie der Wirtschaft überhaupt, der Banken und wer weiß was sonst noch alles unter Kontrolle stellen; er will Arbeitspflicht für jeden bis zu einem gewissen Alter, will im übrigen alle beschäftigten nach russischem System. Wieder andere sagen, die Wurzeln unserer Lebensnot stecken in der Hauptsache in freudiger Erde, sie beruhen alles, um diese Wurzeln dort zu lockern. So hat jeder ein anderes Rezept, niemand das richtige, der eine schwört auf dieses, der andere auf jenes. Dertel geht die Weltgeschichte und die Entwicklung der Dinge ihren ehernen Gang und nach Ablauf von Jahren stellt sich mit Sicherheit heraus, wer auf dem richtigen Wege war. Nun soll der Redakteur gescheiter sein wie alle anderen? Das ist allerdings ein bißel viel verlangt. Der Redakteur weiß nur, daß große Worte nichts nützen, Schlagworte erst recht nicht, denn damit ist den Kollegen und Kolleginnen nicht gebietet. Ein Alibi-Mittel gibt es eben unter den heutigen Verhältnissen nicht, trotz Sünnes und trotz Knoen. Es gibt nur ein Mittel, um das schaffende Volk vor dem schlimmsten zu bewahren: und das ist der enge Zusammenhalt in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, das ist Vertrauen zu seiner Sache, zu seinen Organisationen, aber auch Vertrauen zu seinen Führern, denn ohne dieses Vertrauen läßt sich nichts erkämpfen und auch nichts verteidigen. Danchen muß allen Vorommnissen klar ins Gesicht gesehen und mit dem Möglichen zu ändern versucht werden. Radikale Worte können das allerdings nicht, denn sie ersehen noch lange kein Können, kein Wissen. Bringen nur Beifall günstigenfalls, um den hat die Redaktion jedoch noch nie gebührt. Diesen Weg halten wir für den einzig gangbaren, den hat die Redaktion bisher immer gewiesen und hat ihn auch selbst beschritten; er führt allerdings nicht nach — Mostau zum Leidwesen so mancher Kollegen, der sich mit Leichtigkeit über die schwierigsten Wirtschaftsprobleme hinwegsetzt.

Hannover. Nachdem der Verbandstag im Mai d. J. sich einstimmig zu dem Grundatz „ein Stundenlohn dem Verband“ bekannt hatte, hätte eine Diskussion über die Frage der Beitragsleistung in einer so kurzen Zeit nach dem Verbandstag wie jetzt vermieden werden können. Daß es so gekommen ist, ist lediglich der Inkonsequenz des Verbandstages zu danken. Ich sagte bereits auf dem Verbandstag (siehe Protokoll Seite 11), die Durchführung des Beschlusses: Ein Stundenlohn dem Verband, bedeutet nichts anderes wie höhere Stundenlöhne, höhere Beiträge. Aber auch die Auslegung des Beschlusses (Kampforganisation) macht es uns zur Pflicht, die nun einmal bei den heutigen Kämpfen notwendige Voraussetzung zu schaffen und das muß sein: Höhere Beiträge, höhere Unterstützungen! Also der Grundgedanke meiner damaligen Ausführungen sollte sein, im ersteren Falle das Aufsteigen in eine höhere Beitragsklasse mit dem Inkrafttreten einer Stundenlohnhebung vorzunehmen. Das heißt statutarisch festlegen: Tritt eine Stundenlohnhebung ein, haben die Kollegen auch eine dementsprechende Beitragsverhöhung vorzunehmen. Im zweiten Falle aber, die Karenzzeit in der Auszahlung von Streikunterstützung auf das wirtschaftlich ertragbare Mindestmaß herabzusetzen. Denn es muß doch zugegeben werden, daß wir schon damals innerhalb eines Quartals 4—5 Lohnerhöhungen hatten, und zwar solche, daß sich der Stundenlohn innerhalb eines Quartals verdoppelte, ja sogar verdreifachte. Hieraus aber hätte jeder einigermaßen denkende Delegierte zu dem Entschluß kommen müssen, wenn nicht der Grundatz: Ein Stundenlohn dem Verband, im zweiten und dritten Monat nur auf dem Papier stehen sollte, eine andere statutarische Regelung in der Beitragsleistung zu suchen. Es wäre dann ein Leichtes gewesen, am 1. Oktober die Karenzzeit auf höchstens einen Monat herabzusetzen.

Es soll nun nicht heute Aufgabe meines Artikels sein, ausführlich den Kollegen klarzulegen, weshalb es nicht so gekommen ist, vielmehr nehme ich an, daß die Kreise und vor allem die Geister aus der Zentrale, die sich damals der Sache aus verwaltungstechnischen und sonstigen Gründen entgegenstellten, heute bewußt geworden sind, daß ihr damaliges Verhalten zum Schaden der Organisation und somit zum Schaden der Gesamtleistungsleistung gewesen ist. Vielmehr freut ich mich, daß die Kollegen, die sich bisher zu der Sache geäußert haben, einmütig meinen Standpunkt vertreten. Sätten sie natürlich die Beitragsleistung grundsätzlicher herabgehoben, hätten müssen schon länger die Gedanken der Zentrale verschwinden. Ich nehme doch auch an, daß unser Hauptkassierer, Kollege Gei, mir keine verwaltungstechnischen Einwände mehr zu machen hat, vielmehr möchte ich sagen, daß es bei einigermaßen gutem Willen schon gehen wird.

Es bedarf also einer kleinen Umstellung unseres Statuts, und zwar muß der Absatz 7 unter § 4 (Beiträge) unter allen Umständen beibehalten werden. Vielmehr muß es im Absatz 1 grundsätzlich heißen: „Der wöchentliche Beitrag beträgt einen Stundenlohn“. Verfahren wir so, dann werden wir auch den Absatz 6 umwandeln können, und zwar so, daß die Karenzzeit bei der Streikunterstützung auf das „zur Zeit“ ertragbare Mindestmaß von einem Monat herabgesetzt werden kann.

Möchte nun der Zentrale, auch wie der Kollege Senft, den Rat geben, so schnell wie möglich ans Werk zu gehen, um die in unserer Organisation herrschende Misstimmung zu beseitigen, um die Organisation vor Schaden zu schützen, aber auch dafür zu sorgen, daß das Wort Kampforganisation nicht nur auf dem Papier steht, sondern es den Kollegen auch möglich gemacht wird, einen Kampf zu führen.

Möchte nun aber auch noch, da ich einmal dabei bin, um aber auch den Kollegen klarzulegen, daß ich diese Lösung der Beitrags- und Unterstützungsleistung nicht als Alibi-Mittel betrachte, sondern es ist meiner Ansicht nach notwendig, noch andere Wege zu beschreiten. Kollegen, wollen wir erstens unsere Organisation vor dem Zusammenbruch hüten, dann müssen wir unbedingt, je früher, desto besser, zu einer anderen Organisationsform kommen. Müssen aber auch zweitens, um die Arbeiterkraft vor der völligen Verelendung zu schützen, zu einem Kampfmittel kommen.

Zu 1. wäre es notwendig, daß wir so schnell wie möglich zu dem vom Gewerkschaftsaktiengesetz in Leipzig mit übergrößer Mehrheit beschlossenen Industrieverbänden kämen. Denn es muß doch zugegeben werden, daß es heute mehr denn je notwendig geworden ist, diesen Beschluß in die Tat umzusetzen. Ich glaube wohl, darauf verzichten zu können, den Kollegen klarzumachen, daß das Unternehmensrecht heute bei den Wirtschaftskämpfen geschlossener denn je zuvor auftritt. Dieses allein müßte für die Arbeiterkraft maßgebend sein, müßte allen zum Bewußtsein bringen, ihre ganze Kraft einzusetzen, den geschlossenen Unternehmerorganisationen große, in sich geschlossene Arbeiterorganisationen, sogenannte Industrieverbände, entgegenzustellen. Einmal, um dadurch die Kampfkraft zu vergrößern, aber auch darum und dieses hängt mit unserer Beitragsfrage und Unterstützungsleistung zusammen, die Organisation (um mit unfrem verstorbenen Staudinger zu sprechen), verwaltungstechnisch sparsamer bewirtschaften und dadurch leistungsfähiger zu machen.

Zu 2. muß es doch zugegeben werden, wollen wir der gänzlichen Verelendung der Arbeiterkraft einigermaßen entgegenzutreten, wollen wir dem geschlossenen Angriff des Unternehmertums auf die schon sowieso kläglich zusammengeschrunzten Rechte der Arbeiterkraft Einhalt bieten, dann müssen wir auch dazu übergehen, den Angriffskampf oder Abwehrkampf geschlossener und breiter Väter zu führen. Wir müssen aber auch weiter untersuchen, ob wir uns weiterhin mit dem Kampf um ein paar Mark Lohnerhöhung, die ja ein dauerndes Sinken des Reallohnes herbeiführt haben, durch die immer rapider aufstrebende Geldentwertung nicht verhindern können, begnügen können, oder ob wir nicht nach einer anderen Lösung suchen müssen. Um nun aber nicht den Gebanfen aufgenommen zu lassen, daß ich zu weit abschwaffe, möchte ich gleich bemerken, daß die Geldentwertung auf unsere Beitrags- und Klassenverhältnisse einen so verheerenden Einfluß hat, daß wir, wollen wir nicht unsere ganze Organisation aufs Spiel setzen, auch nach einer Lösung dieser Sache suchen müssen.

Kollegen, es muß doch klar ausgesprochen werden, können wir uns in Deutschland noch länger den Luxus erlauben, uns von einer Handvoll Kapitalisten ausbeuten zu lassen, können wir uns noch länger dem Preisbildner dieser Handvoll unterwerfen, oder wollen wir den Kampf um das Mitbestimmungsrecht der Produzenten

und Konsumenten, den Kampf um die Kontrolle der deutschen Wirtschaft, aufnehmen. Kollegen, wollen wir noch länger dem Treiben einer Handvoll in- und ausländischer Börse- und Devisenspekulanten zusehen, die trotz Verordnungen aus reiner Profitgier unser Geld und somit auch unsere gewerkschaftlichen Klassenbestände immer mehr entwertet? Wollen wir unsere Organisation aufs Spiel setzen, oder wollen wir den Kampf um die Kontrolle der Banken und Börsen, den Kampf um die Stabilisierung der Mark (ohne Aufopferung des Goldbestandes) aufnehmen? Diesen Kampf werden wir früher oder später führen müssen. Wollen wir auch den Angriffen des Kapitals gewappnet entgegenstehen, dann heißt es vor allen Dingen Opfer bringen, dann heißt es auch weiter seine ganze Kraft für die Erhaltung der einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation aufzubringen. In bezug auf das letztere möchte ich aber noch unfrem Kollegen Siebold sagen, daß er meiner Ansicht nach der Organisation sowie den Kollegen bessere Dienste geleistet hätte, wenn er alle die Spalten, die er nach dem Verbandstag den Kommunisten gewidmet, diese dazu verwendet hätte, den Kollegen Wege aus dem Elend zu zeigen, sowie die Finanzmisere unseres Verbandes zu beheben. Darum Kollegen und Zentrale, nun Hand ans Werk gelegt, unsere Organisation zu dem gemacht, was sie sein soll! Zentrale, laß den nötigen Führergeist nicht fehlen, Kollegen zeigt Opfer- und Kampfesmut!
Otto Stapel.

An die Beitragskassen.

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“ — So hört man diesen oder jenen sagen. Wer dieses sagt, bedenkt nicht, was er spricht, er will gewinnen, ohne was zu wagen. Ein jeder Pfennig tut ihm bitter leid, der nicht als Geld in seinen Schnapsfaß gleitet, doch nimmt er gerne ohne Dankbarkeit, Was der Verband ihm mühevoll erstreitet.

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“ — Ein Wort fürwahr, das seinen Sprecher richtet. Ist es dir gleich, wenn dein Verband zerbricht? Ob deinen Schutz das Kapital vernichtet? Dann kommt die Zeit, wo wiederum wie einst Die Willfür wieh od beiner Ohnmacht höhnen. Dann laßt der Räuber, wenn du klagst und weinst, Dann wird er noch ans Rufen dich gewöhnen.

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“ — Kann man mit Männern, die dies Wort betreten, Die Welt erobern, Freude, Brot und Licht. Wenn sie ein Opfer darzubringen scheuen? Nur wer kein Opfer scheut, besitzt das Recht, Sich an den Tisch des Lebens hinzusetzen. Drum gilt es, Freund, im täglichen Geseht Das Schwert der Tat mit Opfersinn zu wehen!
Viktor Kalinowski.

München. So wie ich es als selbstverständliche Pflicht in bezug auf Agitation für den Steinarbeiterverband halte und tue, ist es auch meine Pflicht, für das Wohl der Kollegenchaft einzutreten. Ich möchte bei der ganzen Angelegenheit vorausschicken, daß es sich hier nicht darum dreht, den Zentralverband auszunutzen, nein, dies wäre eine ganz verkehrte Politik seitens der Mitgliederschaft, die doch gewiß ihr ureigenes Interesse daran hat, den Steinarbeiterverband hochzuhalten. Den Kollegen, die sich bis jetzt in unfrem Fackelorgan über diesen schwerwiegenden Punkt ausgesprochen haben, kann nur gedankt werden, weil sie damit ihre Lokalverwaltungen unterstützten. Woran das schließlich liegt, daß sich so wenig Kollegen finden, sich mit der hier erwähnten Unterstützung ihrer Lokalverwaltung gegenüber anzunehmen, mag sich jede Zahlstelle einmal selbst vor Augen führen. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß sich halt die übergröÙe Mehrheit mehr der Regelmäßigkeit opfert, als durch etwas Kopfanstrengung den Funktionen des Verbandes dienlich mitzuwirken.

Nun zur Angelegenheit selbst: Daß es meine volle Überzeugung ist, eine baldmögliche Abänderung dieses Statuts betreffs Karenzzeit vorzunehmen zu müssen, wird uns jeden Tag fühlbarer, denn das bis jetzt bestehende ist unerträglich. Was wollte im allgemeinen ein Verbantler in jeder Richtung mit dem Einkommen vor drei Monaten heute einkaufen? oder mit dem heutigen vielleicht zu Weihnachten? Ebenso liegt es mit unserer Karenzzeit betreffs der Unterstützung; daß gerade diese unsere Lohnbewegungen am meisten beeinflusst, ist hauptsächlich zu beachten und die daraus entstehenden Konsequenzen zu berücksichtigen. In diesem Punkte gehe ich mit den Ausführungen des Kollegen Nagel (Eraischheim) einig, daß durch Mehrheit und durch pünktliches Abheften der Beitragsgelder mindestens alle zwei Wochen an die Zentralkasse vieles dazu beigetragen werden kann. Unser Hauptaugenmerk muß auch sein, mehr die Gelder in der Hauptkasse anzulegen als in den Lokalkassen; denn die Zuschüsse, die eine Lokalkasse gegebenenfalls leisten kann, sind anderenfalls, wenn sie (die Gelder) an die Hauptkasse abgeliefert würden, mit größerem Unterstützungszug bewertet, als von der Lokalkasse; denn das Geld in einer Lokalkasse als Zuschüsse bei einer Bewegung ist bedeutend schneller ausgegeben als in einer Situation, wenn es von einer Zentrale auszubehalt wird. Man muß nur ein wenig darüber nachdenken, dann wird es einleuchten. Darum schon das Wort „Verband“ oder „Vereinigung“. Es liegt in Wirklichkeit viel daran, die Beiträge schleunigst der Zentralkasse zuzuführen und nicht erst nach mehreren Wochen oder gar vierteljährlich; damit wird viel verkommen. Soll unfrem Wünsche entsprechen werden, so muß hierin eine stramme Regelung eintreten. Wenn nun die Karenzzeit von drei auf einen Monat reduziert wird, so dürfte deshalb kein Defizit für die Zentralkasse entstehen (wie Kollege Gei in seiner Darstellung bemerkt liegt), da doch die ausbezahlten Unterstützungen durch laufende Beiträge wieder gedeckt werden. Wenn man die Krankenkassen anschaud, ergibt sich ein ähnliches Bild im Punkt Karenzzeit. Wir Verbandsmitglieder haben doch sicher alle ein Interesse auch daran, daß unfrem großer Kassenschatz nicht durch Schwundbüchse angegriffen wird; doch dem Kollegen Siebold (Kömenz) kann ich nicht beipflichten, wenn er schreibt „gleiches Recht für alle“, in dem Sinne, wie seine Darstellung es kundgibt. Gerade vorher führte ich die Krankenkassen als Beispiel an; auch hier soll dies ein Gradmesser sein; denn je höher in einer Krankenkasse die Beiträge entrichtet werden, je höher ist der Unterstützungszug, ebenso bei uns in Steinarbeiterverband. Wenn man schon sagt „gleiches Recht für alle“, muß es auch heißen: gleiche Pflicht für alle; denn das wäre nicht angängig, wenn man sich die gleichen Ansprüche mit milderer Beitragsleistung zuschreiben wollte, als dasjenige Mitglied, das die höheren Beiträge geleistet hat. (Vielleicht ließe sich die Zugehörigkeit etwas verbessern in Anbetracht der Jahreszahl, die bei Streiks in Betracht kommt; aber ohne eine gewisse Karenzzeit läßt sich das auch nicht machen.)

Es ist also auseinander zu halten, in welche Beitragsklasse ein Mitglied bezahlt. Die vielleicht Kollege Siebold meint, müßte nach dessen Wunsch nur eine Beitragsklasse bestehen; aber dann wäre manchem Kollegen der Weg in unfrem Verband gesperret. Wenn schon Verbandskollegen durch niedrige Stundenlöhne heimgefuht sind, ist es aber ganz verkehrt, die Anstrebde zu zitieren, und dadurch die niedrigere Klasse zu halten; dieser Zug ist für den Verband, viel weniger für sie selbst zum Nutzen. Hierzu möchte ich bemerken, daß dieses den Herrn Arbeitergebern keinen Respekt einflößt. Das weitere dazu kann sich jeder Kollege selbst ausmalen. Zum Schluß in dieser Angelegenheit möchte ich nochmals zurückkommen, daß für unfrem Zentrale kein Ausweg bleibt, als baldmöglichst die schon so oft umspröbene Karenzzeit auf einen Monat zu reduzieren. Alle Gründe dazu sind ja, so denke ich, genügend geschildert und auch fühlbar. Unsere heutigen klüßigen Verhältnisse waren zur Zeit des Verbandstages nicht vorzuzusehen. Die dreimonatige Karenzzeit ist uns bei jeder neuen

Veränderung auf Teuerungszuschläge ein Geminnis, eine Fessel. Die Dremse muß also aufgelodert werden, sonst bricht sie durch die Not. Aber auch allen abseits stehenden Kollegen muß wiederholt gesagt werden, daß nur der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands ihre Entlohnungs- und Berufsbeschwerden lindern und heilen kann. F. E. D. H. a. f. n. e. r.

Demig-Humm. Die Unstabilität unserer Mark erfordert immer höhersteigende Löhne. Dabei muß aber zugegeben werden, daß infolge der Teuerung die wirtschaftlichen Verhältnisse der besitzlosen Masse von Woche zu Woche schlechter werden. Der Beschl., einen Stundenlohn als Wochenbeitrag den Gewerkschaften zuzuführen, führt auch dann und wann bei unfrem Berufscollegen auf Widerstand.

Die Not der Zeit macht erfindereich und mancher Kollege fängt am ganz verkehrten Ende zu sparen an, indem er seine Tageszeitung abbestellt, gegen die Erhöhungen der Geschäftanteile der Konsumvereine sich feindlich stellt und letzten Endes den Gewerkschaftsbeitrag so niedrig als möglich halten will. Besser täte mancher Arbeiter aber, wenn er, um mit den Worten des Kollegen Senft zu reden, nur eine Wenigkeit von dem vermeintlichen einzigen Gewinn abziesse. Damit soll aber nicht gesagt werden, daß die Mehrheit der Steinarbeiter sich dem Fiskus hingibt. Nun aber wird der Beitragsverhöhung aus unfrem Kreisen Widerstand entgegengesetzt, weil die Karenzzeit drei Monate beträgt. Ganz unrecht haben die Kollegen nicht, indem behauptet wird, unter solchen Umständen sei eine Streikbewegung unmöglich. Denn bei der heutigen Geldentwertung hat sich nach drei Monaten jeder Unterstützungssatz überholt! Als wir Ende September dazu übergehen mußten, für das vierte Quartal höhere Beiträge einzustellen, hatte ich es mir zur Aufgabe gestellt, den Verhältnissen entsprechend in der Oberlaufzeit für alle Zahlstellen einheitliche Sätze einzuführen. In dem zum Beispiel machte man dieses von der Verkürzung der Karenzzeit abhängig und ich sollte dafür sorgen, daß solche gelte. Obwohl ich die Karenzzeitverabsetzung ebenfalls gutheißte, müßte ich dort erklären, daß es nicht meine Aufgabe sei, in erster Linie dahin zu wirken, sondern es die Kollegen selbst vornehmen und der geeignete Weg sei, die Eröffnung einer Votemitt im Fachblatt. Nun können wir konstatieren, daß die Einzenden fast durchweg auf dem Boden der Verkürzung der Karenzzeit stehen. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, daß sich Einnahme und Ausgabe deden muß, wenn wir nicht in den Dalles geraten wollen.

Zu begrüßen ist der Voratz des Kollegen Senft, eine Beitragsleistung einzuberufen, die das Statut abändern soll. Ebenfalls ist zu begrüßen der Voratz, einen Kampffonds anzustreben. Hierbei kann ein einmaliger Beitrag schon eine ganz hübsche Summe eindringen. Abdann muß aber auch noch ein fortlaufender Beitrag zu den regulären Beiträgen gezahlt werden, wenn man nicht dazu übergehen will, den Prozentatz der Streikunterstützung etwas herabzusetzen. Ob letzteres das richtige trifft, ist wohl ein großes Fragezeichen. Ob in der jetzigen Zeit an Verwaltungsausgaben in der Zentrale gespart werden kann, ist zu bezweifeln. Ob es ratsam ist, die Verhandlungskosten ganz den Zahlstellen zu überlassen, betrachte ich ebenfalls nicht als richtig, denn in einem Bezirk gehen die Verhandlungen leichter von statten als in einem anderen Bezirk und außerdem benötigen leider die Zahlstellen ihre Gelder zum Teil zur Linderung der wirtschaftlichen Noie. Der Drückung in eine niedere Beitragsklasse muß scharf entgegengetreten werden. Ob die Bestellung der Marken durch den Gauleiter oder eine Gaukommission das richtige ist, hat auch sein Über. Bei der vielen Abwesenheit des Gauleiters vom Gauort würde die Verjährung der Beitragsmarken Verzögerung erliden und um dem abzuhelfen, müßten Hilfskräfte eingesetzt werden, denn diese Arbeit in jedem Gau ehtenanständig zu versorgen, würden sich wohl nicht immer die nötigen Kräfte finden.

Die Zentrale soll nur selbst nachprüfen, in wie weit in den Zahlstellen die richtigen Beitragsmarken bezogen werden, unter der Voraussetzung natürlich, daß der Zentralvorstand über alle Lohnhöhen aus den Bezirken und Gauen stets informiert wird. In großen und ganzen kann der Weirat die Voratz des Kollegen Senft als brauchbare Unterlagen gebrauchen. Aus den Reihen der Kollegen selbst und nicht zum letzten Teil durch Vorstand, Ausschuß und Weirat muß der richtige Weg zur baldigen Herabsetzung der Karenzzeit bei Streit zum Wohle der Steinarbeiter gefunden werden. A. W. S. c. h. u. f. e. r.

Schupbach. Zu dem Eingefandt von K. S. im „Steinarbeiter“ Nr. 47 will auch ich einige Aeußerungen machen. Wir alle sind uns darin einig, daß die Karenzzeit zu lang und die Streikunterstützung zu niedrig ist. Es handelt sich nur darum, Wege zu finden, die von der Gesamtheit der Kollegen als gangbar angesehen werden. Ob nun die Voratz des Kollegen K. S. (Nr. 47) dazu angetan sind, bezweifle ich. Die unter 1. in Nr. 47 aufgeworfene Frage will der Einzender damit beheben, Kampffondsmarken im Betrage von 200 M. für männliche und 100 M. für weibliche Mitglieder im Monat zu fleben. Außerdem die Beitragsgelder wöchentl. oder 14tägig an die Zentrale einzusenden, sowie alle Zuzahlungen der Zentralkasse zu den Lohnverhandlungskosten w e g a l l e n lassen. Ich glaube, daß der größte Teil der Kollegen, wenigstens auf dem Lande, a l l e Sonderbeiträge außer den Regelbeiträgen bewirkt, aus dem einfachen Grunde, weil heute die Sonderbeiträge die überall jetzt in Vordergrund treten, fast die Regelleistungen übersteigen. Ich will nur eins anführen. Unsere Zahlstelle führt heute außer den Regelleistungen nach dem Stande der Beiträge im Oktober rund 15000 M. im Quartal an unsere Bezirkskasse als Sonderbeiträge ab. Und diese Summe erhöht sich bei jeder Erhöhung der Regelleistung. Ich weiß nur zu gut als Vorsitzender der Zahlstelle, welche Debatten es gegeben hat, um diese Sonderbeiträge zu bewilligen. Auch im „Steinarbeiter“ Nr. 47 wird zur Bekämpfung der Kriegsgefahr ein Sonderbeitrag von den Gewerkschaftsmitgliedern verlangt. Und es wie wahrlich nicht der letzte sein. Dazu kommen noch viele andere Gebiete und Verpflichtungen, denen sich der organisierte Arbeiter nicht entziehen darf, so daß diese Sonderbeiträge schon einen ganz wesentlichen Bestandteil im Haushaltbudget wegnehmen. Wenn bewiesen wird, daß diese Kampffondsmarken nur „hier Schnapschen weniger zu trinken“ ausmache, so bemerke ich, daß wir uns das Schnapschirnt schon lange abgewöhnt haben; ist nun aber wirklich ein alter Steinhauer noch dabei, der es sich nicht abgewöhnen kann, ein Schnapschen zu trinken, so gönnen wir es ihm. Auch der Hinweis, daß die vor den Sonderbeiträgen zurückstrebenden Kollegen keine Hilfe im Verande zurücklassen, muß zurückgewiesen werden, wenn man sich nicht als Diktator aufstellen will und jedem Kollegen, der einem Sines ist, einfach sagt: „Wenn Du nicht mitmachst, dann kannst Du ja austreten!“ Diese Stellungnahme sollte man eigentlich im Interesse unfrem Zusammengehörigkeit meiden. Die Gelder wöchentl. oder 14tägig einzusenden, wird für die meisten ländlichen Zahlstellen unmöglich sein. Ich greife nun wiederum auf unsere Zahlstelle zurück. Die Kollegen unfrem Zahlstelle sind in einem Umkreise von 6 Stunden, in 11 Ortschaften in 13 Betrieben beschäftigt. In zwei größeren Betrieben haben wir Hilfskassierer, die andern Kollegen bekommen von unfrem Zahlstellenkassierer in ihren Wohnungen geliebt. Was es für Mühe und Arbeit kostet, in so einer weitverbreiteten Zahlstelle von annähernd 200 Kollegen alle Quartale die Beiträge pünktlich zusammenzubringen, davon haben die städtischen Kollegen keine Ahnung. Ich glaube, daß es wenig Kollegen in der Stadt gibt, die sich dafür hergeben. Außerdem ist es für uns sehr schwer, die Mitglieder in den Versammlungen zusammenzubringen, um sie alle so zu informieren und aufzuklären, wie es im Interesse der Gesamtheit notwendig wäre. Man sollte nun bei heranziehenden Vorschlägen und Bestimmungen der Eigenart der Landkollegen mehr Rechnung tragen, denn die Zukunft der Steinindustrie Deutschlands liegt auf dem Lande. Zuzahlungen zu Lohnverhandlungen haben wir bis jetzt noch nicht verlangt und man sollte sie eigentlich der Einseitigkeit halber ganz streichen. Die Stärkung der Zentralkasse zum Zwecke der Herabsetzung der Karenzzeit ließe sich meines Erachtens noch besser erreichen, wenn wir die gesamte Krankenunterstützung aus unfrem Verbandsstatut streichen würden, da nach meiner Überzeugung es Sache der Krankenkassen und der sonstigen zu diesem Zwecke gegründeten Instituten ist, die Lebenshaltung der

Kollegen während der Krankheit ganz zu stellen. Wenn das nun in der heutigen Zeit nicht voll und ganz geschieht, so liegt das wohl zum Teil in der Selbstwertung begründet, aber zum größten Teil in der Arbeiterschaft selbst die bei den Wahlen zu diesen Körperschaften nicht das nötige Verständnis für diese für uns so wichtigen Instanzen aufbrachte und teils überhaupt nicht wählte. Nebrigens ist es bedauerlich, daß vier Jahre nach der Revolution bei den Wahlen zu den Versicherungsämtern zum Schaden der Arbeiterschaft das indirekte Wahlrecht besteht. Die Markenbestellungen durch die Gauleitungen erfolgen zu lassen, ist verfehlt! Dadurch würde die Tätigkeit der Gauleiter auf ein Gebiet verlegt, was nicht im Interesse der Mitglieder liegt. Die Gauleiter konnten sich ja schon mit den Bahnhöfen ungenügend befassen, so daß die gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeiten, ganz zu schweigen von den Bildungsfragen, hauptsächlich auf dem Lande sehr ungenügend zum Schaden der Gesamtbewegung betrieben werden konnten. Ueber diese Fragen habe ich bereits im „Steinarbeiter“ Nr. 84 meine Ansicht geäußert, so daß es sich erübrigt, nochmals näher darauf einzugehen. Nebrigens bin ich der Meinung, wenn der wirtschaftliche Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen direkt abhängig gemacht wird von der Höhe der Streikunterstützung, der Kampfesgeist ein recht geringer ist. Würde nun die Streikunterstützung durch die vorgeschlagenen Maßnahmen der Zeit angepaßt, so würde es wohl leichter sein, zum Streik zu blasen, auch würde vielleicht hier oder da leichter dazu gegriffen, ohne vielleicht einen Erfolg davon zu tragen, so daß statt eine Mehreinnahme für die Zentralkasse eine Mehrausgabe erzielt würde. Es muß eine gewisse Karezanzzeit bestehen. Sind die Kollegen wirkliche Kämpfer, so wird auch dann der Kampf aufgenommen werden, wenn die Streikunterstützung eine geringere ist; denn jeder Kampf, der geführt, und zwar mit Ueberzeugung geführt wird, erfordert Einschränkungen und Entbehrungen. Wir haben in der kurzen Zeit unseres gewerkschaftlichen Bestehens zweimal den Kampf aufgenommen und haben sechs Wochen bei niedriger Unterstüttungssätzen (alle unter drei Jahre Mitgliedschaft), den Kampf erfolgreich zu Ende geführt, so daß wir heute zwar immer noch ungenügende Löhne haben, aber immerhin durch die Nachwirkungen der geführten Streiks in der Entlohnung innerhalb der Steinindustrie mit an erster Stelle stehen. Ich will nur damit beweisen, daß der Kampfesgeist nicht nach der Höhe der Streikunterstützung bemessen werden darf, sondern daß man auch Kämpfe führen kann und muß, wenn auch die Streikunterstützung eine geringe ist. Ich betone nochmals, daß ich eine Stärkung der Zentralkasse zum Zwecke der Herabsetzung der Karezanzzeit ein vollständiges Ausschneiden der Streikunterstützung aus unserm Statut befürworte. Es ließe sich vielleicht durch Abstimmung ermöglichen. Dadurch würde die Zentralkasse gestärkt, daß ohne Gefahr zu laufen, eine Verkürzung der Karezanzzeit durchgeführt werden könnte. Außerdem würde dadurch den Verbandsfunktionären eine große Arbeit erspart, die andererseits besser gebraucht werden könnte. Zweitens müßten natürlich die Regelbeiträge allgemein in den Stundenlöhnen angepaßt werden unter Fortfall aller Sonderleistungen. Durch mehr Aufklärungsarbeiten hauptsächlich auf dem Lande seitens der Gauleiter sowie Bezirksleiter ließe sich noch manches erreichen, um auf diese Weise auch hier auf dem Lande eine gewerkschaftlich disziplinierte Arbeiterschaft bereitzustellen zu dem großen Kampfe zur Befreiung der Arbeiterschaft aus kapitalistischen Fesseln. Und ich bin überzeugt, daß dann der Endsieg auf unserer Seite sein wird.

Aus den Zahlstellen.

Die Firma Bachmann. Wenn in der ehemals schwarzen Laufszeit nun zum Leidwesen der Unternehmer auch Licht und Tag geworden ist, haben die Steinarbeiter ebenfalls ihren Anteil daran. Was früher nicht möglich war, ist zur Tat geworden. Tarifverträge und sonstige Abmachungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben feste Grundlagen geschaffen. Doch manchem Arbeitgeber ist dergleichen Sache ein Dorn im Auge und wünscht dieser die alte gute Zeit, wo er mit seinen Arbeitern schalten und walten konnte, wie es ihm beliebt, wieder herbei. Ein solcher Arbeitgeber ist die Firma Bachmann, Inhaber Georg und Felix Bachmann in Leipzig und Wurzen, die auch einen Betrieb in Kluschtitz besitzt. Diese Firmeninhaber scheren sich den Teufel um abgeschlossene Verträge. Seit drei Jahren muß ein um das anderemale, entweder in Wurzen oder Leipzig oder Leipzig, der fehlende Lohn für die Arbeiterschaft eingekauft werden. Die Firma Bachmann geht von dem Grundgedanken aus, wir legen die Tarife aus wie es uns paßt, wenn auch die andern Unternehmer anderer Ansicht sind. Hauptsache bei ihnen ist, daß der sauer verdiente Lohn jedes Arbeiters etwas gekürzt wird, denn so lange die Gerichte nicht die Herren zur Auszahlung zwingen, können diese mit den vorkontohlenen Geldern weiter wirtschaften. Geht ein Projekt in einer Instanz verloren, ruft Herr Bachmann die nächste an und es dauert immer eine geraume Zeit, ehe ein solcher Projekt entschieden ist. Gegen ein solches Gebaren muß ein einmal öffentlich protestiert werden, denn es verstößt gegen jegliches geächtetes Gedeihliches Arbeiten. Und gerade Herr Bachmann legt in seinen schriftstellerischen Leistungen (Zeitschrift „Steinbruch“) theoretisch wenigstens, großen Wert auf ein geächtetes Zusammenarbeiten. In der Praxis versagt er jedoch stets. Deshalb nehmen die Steinarbeiter, die mit ihm zu tun haben, alle seine schriftstellerischen Ansichten nicht mehr ernst und unsere Redaktion handelt gewiß folgerichtig, wenn sie ebenfalls sich nicht mehr um die Bachmannschen Stilübungen kümmert. Ist es doch auch Herr Bachmann, der den Bezirksleiter, Kollegen Bohan, gern besettigen möchte. In nächster Zeit verlangt er vielleicht die Absetzung eines andern ihm unbeliebigen Arbeitervertreterers usw. Nur so weiter, Herr Bachmann, nur sehen Sie sich vor, daß nicht Sie daneben gesetzt werden. Kummern Sie sich lieber darum, daß Sie die Tarifabmachungen zur reellen Durchführung bringen, dann werden auch die Angestellten des Steinarbeiterverbandes in Wurzen und der Laufsitz sowie die gesamten Steinarbeiter ihres Betriebes Ihnen Achtung entgegenbringen.

München. Zu der Rundschauzeit in Nr. 44 des „Steinarbeiter“ mit der Ueberschrift: „Eine Mauer um uns bauen“, sehe ich mich als Vorsitzender der Zahlstelle München veranlaßt, folgendes zu sagen: Erstens bedauere ich, daß unser Sachorgan, ohne sich vorher bei der Ortsverwaltung zu erkundigen, einen Artikel von einer der reaktionärsten Zeitungen am Orte veröffentlicht. Damit nun auch unsere Kollegen von dem wirklichen Sachverhalt unterrichtet werden, will ich versuchen, ihn richtig zu schildern. Im Frühjahr 1920 faßte der Stadtrat einen Beschluß (auf wiederholte Eingaben unserer Organisation und anderer Körperschaften), daß fertige Grabdenkmäler von auswärts im Ausmaß unter 1 Kubikmeter für 1920 zwei Drittel, 1921 ein Drittel (im Oktober 1922 neue Beschlußfassung) nur mehr bezogen werden dürfen. Als Berechnung dienten die im Jahre 1919 fertig bezogenen Grabdenkmäler. Von dem, daß kein Granit mehr auf die Friedhöfe zugelassen werde, kann keine Rede sein; es wird nur verlangt, daß sie in München verfertigt werden. Wie aber wurde nun der zu Recht bestehende Beschluß von den Unternehmern im Laufe der Jahre gehalten? Die große Mehrzahl kümmerte sich nicht darum, im Gegenteil bezogen sie von auswärts noch mehr wie im Jahre 1919. Damit zeigten sie, daß sie nur die Beschlässe einhalten, die ihnen passen. Es war ihnen ganz gleichgültig, ob wir Steinmetzen hier am Orte Arbeit haben oder nicht, im Gegenteil, sie bezogen dies, um unsere Löhne unter die der Hilfsarbeiter zu drücken; hinzu kommt noch, daß tatsächlich nichts anderes wie Grabdenkmäler geliefert und bestellt wurde, für sie kommt natürlich in erster Linie der Profit in Frage. Wie dadurch, daß ein Grabstein dem andern gleicht, der Gesamteindruck eines Friedhofs herabgesetzt wird, zeigen verschiedene neue Sektionen auf den Münchner Friedhöfen. — Wenn nun in dem Artikel in Nr. 44 auf den Münchner Waldfriedhof hingewiesen wird mit der Bemerkung, daß sie fast samt und sonders in München verfertigt werden, so ist dies nicht richtig. Wahr ist vielmehr, daß seit 1919 auch auf diesem Friedhof zum mindesten zwei Fünftel der aufgestellten Grabsteine von auswärts sind, unbewußt gibt der Artikelschreiber damit zu, daß dadurch der künstlerische Geschmack und die Formgestaltung nachgelassen haben.

Am 26. September 1922 wurden nun sämtliche beteiligten Körperschaften zu einer Sitzung ins Rathaus geladen. Bei den verschiedenen Ausführungen waren für uns die des Herrn Professor Gräfel und des Vorsitzenden der Unternehmung sehr lehrreich. Ersterer führte an, daß die Unternehmer behaupten, es fehle am Orte an guten Steinmetzen, die diese Arbeit machen könnten. Der Vorsitzende der Unternehmung behauptete dies auch in der Sitzung. Ich sagte dem Herrn Moran das liegt, erinnere daran, daß wir 1920 40 Prozent arbeitslose Steinmetzen am Orte hatten. Durch das Verhalten der Unternehmer in den Jahren 1920, 1921, 1922 bei der Teuerungszulage wanderten viele Kollegen vom Beruf ab und gingen als Hilfsarbeiter, da sie als solche mehr verdienten. Es ist unbestritten, daß wir als Steinmetzen schlechter entlohnt wurden wie die Hilfsarbeiter anderer Berufe. Heute noch sind mehr wie 20 Kollegen vom Beruf weg. (Das bedauerliche dabei ist, daß sich immer wieder Kollegen von auswärtigen herziehen lassen.) Zugegeben wurde ebenfalls von den Unternehmern, daß der künstlerische Geschmack sowie Formgestaltung nachgelassen haben. Hierin wollten sie jedoch eine Aenderung herbeiführen, wie, sagten sie jedoch nicht. Es zeigt sich auch, daß zwei Richtungen unter den Unternehmern vorhanden sind: die erste wollen nur Handelsgeschäfte betreiben, da sie dabei mehr verdienen und nicht viel Arbeit damit haben, denn billiger liefern tun dieselben nicht; den Mehrgewinn stecken sie in ihre Tasche. Vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, sieht man also, daß durch den Bezug von fertigen Grabsteinen von auswärts dieselben nicht billiger sind, da die Unternehmer den Verkaufspreis so berechnen, wie wenn derselbe am Orte verfertigt wäre. Die zweite wollen das Gewerbe am Orte haben und damit die künstlerische sowie Formgestaltung vorwärts bringen und da nun verschiedene Unternehmer Dutzende von auswärtigen bezogene Grabsteine auf Lager haben, wurde ihnen gestattet, daß sie diese in den alten Sektionen auch weiter aufstellen können, somit haben sie die Möglichkeit, ihre Lager zu räumen. An uns Steinmetzen liegt es, dafür Sorge zu tragen, daß der Beschluß des Stadtrats auch eingehalten wird. Wenn nun der Artikelschreiber in Nr. 44 ausführt, daß solche „Kirchturnspolitiker“ von dem Zentralverband der Steinarbeiter nicht gutgeheißen werden kann, so beweise ich auf das Verlangen des Zentralverbandes der Steinarbeiter, die Einfuhr von schwedischen Pflastersteinen zu unterbinden; auf deutsch, den Zoll zu erhöhen. Diese Streikfrage dürfte den meisten Kollegen noch in guter Erinnerung stehen. Wenn dies nun andere Wirtschaftsgruppen ebenfalls so machen würden? Wir sind uns wohl bewußt, daß es eine sehr schwierige Frage ist, doch in erster Linie hat der Stadtrat als solcher für seine Arbeitlosen zu sorgen.

(Redaktion): Das Vorstehende vom Kollegen N. ändert nichts an unserer Auffassung, die wir in Nr. 44 kurz zur Geltung brachten. Der Zahlstelle M. wurde darin durchaus kein Vorwurf gemacht, damit ist eigentlich auch das Ueberflüssige des Vorstehenden dargelegt; denn in der Hauptsache wird alles bestätigt und wenn eine Information richtig ist, dann ist es uns gleich, woher sie kommt. Man kann also nicht der Redaktion einen Vorwurf machen, daß sie eine Notiz aus den „Münchner Neuesten Nachrichten“ zugrunde gelegt hat. Zumal notorisch ist, daß wichtige Verbandsvorgänge von den beteiligten Kollegen der Redaktion ganz selten mitgeteilt werden. Eine Polemik in der „Ingenieurzeitung“ wurde der Zahlstelle im „Steinarbeiter“ zu führen, ist auch unangebracht. Wir verstehen ganz gewiß das Bestreben der großstädtischen Kollegen wie in M., heißen es nur nicht gut, weil vor den Lören auch noch Leute wohnen, die Steine bearbeiten und die auf diesen Verdienst angewiesen sind; das haben wir in erster Linie im Auge zu behalten. Die Manipulationen der Unternehmer kommen in diesem Fall erst in zweiter Linie in Betracht. Was wir von dem Münchner Waldfriedhof gesagt haben, ist schon richtig, und wenn wir dabei ganz bestimmte Denkmäler in Erinnerung haben, dann sind gerade diese in München selbst angefertigt. Darin liegt jedoch kein Vorwurf gegen die Münchner Kollegen und ihren Können, das muß doch auch Kollege N. herausfühlen können. Sein Vergleich des Münchner Vorganges mit unserer früheren Stellungnahme zum Zoll auf schwedische Pflastersteine, hinkt ganz gewaltig, das ist etwas ganz anderes, als wenn eine Stadt in Deutschland sich durch Maßnahmen absperrt, die nicht vorwärts, sondern rückwärts führen. Den Unterschied brauchen wir wohl kaum an dieser Stelle noch groß und breit herzusetzen, denn das weiß jeder Kollege, der über die Angelegenheit nachdenkt. Die Not der Zeit, die Belastung der Gemeinden fördert manches zutage, was wir in normalen Zeiten ohne weiteres ablehnen würden, und sind die Verhältnisse oft auch noch so drückend, so darf für uns als Arbeiter, die auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden sind, niemals der Grundgedanke: „Erst ich, dann nochmals ich, und dann Du“ maßgebend sein!

(N.) Dillingen. Im „Korrespondenzblatt“, Nr. 45, S. 618, befindet sich ein Artikel, der eigenartig das Verhalten des Sekretärs E. Zimmermann vom F.D.G. kennzeichnet. Was sich der holländische Genosse in einer Berliner Versammlung geleistet hat, ohne sich mit dem Vorstand des F.D.G. ins Benehmen zu setzen, ist großer Vertrauensbruch. Ich kann es bloß nicht verstehen, daß von den Anwesenden keiner den Mut besaß, dem entgegenzutreten. Wenn ein ausländischer Genosse als Redner auftritt, ist es nach meiner Ansicht doch Pflicht des F.D.G., einen Berichterstatter dorthin zu senden, der zugleich solchen unvorhergesehenen Annahmen in schärfster Weise entgegentritt. Wenn die Versammlungsteilnehmer den Artikel: „Gewerkschaftslosigkeit und Friedensvertrag“ (S. 341 d. N.-Bl.) gelesen hätten, würden sie ihren Beschl. nicht in so reichlichem Maße in der Versammlung zum Ausdruck gebracht haben. Hat doch der Genosse Zimmermann das „N.-Bl.“ auf den Vorstandssitz der betr. Versammlung geschleppt, weil er sich den richtigen Gedankengang dieses Artikels nicht zu eigen machen wollte oder konnte. Nach Nr. 47 des „Steinarbeiter“ soll nun ein Gratreuer beschlössen worden sein vom F.D.G. zur Bekämpfung der Reaktion sowie der Kriegsgefahr und soll in Höhe von 5 M. pro Kollege erhoben werden. Meiner Auffassung nach werden solche Beiträge von einem größeren Teil unserer Kollegen sehr schwer bereinzubringen sein, und wenn der Betrag noch so klein ist. Schuld daran tragen einzelne ausländische Gewerkschaften selbst, denn ihr Verhalten uns gegenüber zeigt manchmal nicht von besonderer Kollegialität. Dabei ich durchaus anerkenne, was andere für uns getan haben (Dänemark, Schweden usw.). Solche Auftritte wie der obengenannte erzeugen das Gegenteil von dem, was Gen. Zimmermann will, sie sind sicher nicht dazu angetan, dem Gedanken der Internationalen in weite Kreise der ländlichen Kollegen zu tragen. Wenn ich tragden in der Zahlstelle dafür einträte, daß die Gratreuer bezahlt wird, dann geschieht das in unserem ureigensten Interesse und aus Disziplin gegenüber unserer Gewerkschaft, nicht aber, um die Kasernen aus dem Feuer zu holen (siehe Orientproblem) für ausländische Genossen, die am liebsten sehen würden, wenn der deutsche Arbeiter tollends erdrückt wird. Was für Folgen das hat, zeigt uns deutlich der sogenannte Nationalsozialismus. Hier hat der F.D.G. ein großes Betätigungsfeld, um die Rechte und nicht bloß Pflichten der deutschen Arbeiterschaft wirksam zur Geltung zu bringen.

Berlin. Von der Belegschaft der Firma Köstner & Gottschalk war an die Ortsverwaltung folgender Antrag eingereicht worden: „Die Gruppierungsverhältnisse der Berliner Steinarbeiter-Schaft in sich haben sich mit der Zeit zu unerträglichen Zuständen entwickelt, welche der gegenwärtigen Zeit nicht Rechnung tragen und sich zum Schaden der ganzen Berliner Steinarbeiter auswirken. Die Unterzeichneten beauftragen daher die Ortsverwaltung, sofort in eine Beratung über die Umgruppierung einzutreten, und zwar auf folgender Grundlage: Sektion I sämtliche Steinmetzen, Sektion II sämtliche Schleifer, Dreher, Hobler und Hilfsarbeiter.“ — Eine Versammlung aller Branchen, die am 10. November im Gewerkschaftshaus stattfand, nahm hierzu Stellung und lehnte den Antrag nach lebhafter Debatte einstimmig ab. Der Kollege Landin unterbreitete der Versammlung eine Resolution und begründete dieselbe in längeren Ausführungen. Dieselbe lautet: „Die am 10. November 1922 im Gewerkschaftshaus tagende kombinierte Versammlung der Steinarbeiter Berlins fordert von ihren Funktionären, daß sie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, in Anbetracht der elenden Lage der Arbeiterschaft bei dem F.D.G. und ihren Spitzenorganisationen dahin wirkt, daß von

den jenseitigen der Generalstreik auf dem möglichst schnellsten Wege vorbereitet und proklamiert wird, damit ein Ausgleich zwischen Lebenshaltungskosten und Löhnen auf dem einzigen noch offenstehenden Wege erreicht wird.“ Einzelne Redner sprachen gegen, andere im Sinne der Resolution. Fast alle versuchten, auf wissenschaftlicher Grundlage nachzuweisen, „wie es gekommen ist, daß wir in diese elende Lage geraten sind“. Die Meinungen der Redner, wie man aus dem Gend herauskommen kann, sind verschieden; während die einen einen besseren Ausbau der Organisationen zur Bekämpfung der Interessenlosigkeit und Laubert der Kollegen-Schaft empfehlen, betonen die andern die Wichtigkeit eines Reichsbetriebsrätekongresses und erwarten, daß im Interesse der Allgemeinheit der eiserne Wille gezeigt und verlangt wird, daß der F.D.G. einen Reichsbetriebsrätekongress einberuft. Im Laufe der lebhaften Debatte wird vom Kollegen Nitzsche eine Resolution eingebracht und eingehend erläutert. Dieselbe lautet:

„Die am 10. November 1922 im Gewerkschaftshaus tagende Vollversammlung der Steinarbeiter Berlins fordert den Zentralvorstand auf, beim F.D.G. dahin zu wirken, daß von dieser Spitzenorganisation die Arbeiterparteien aufgefordert werden, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß endlich einmal mit der Sozialisierung der Schlüsselinstrumenten Ernst gemacht wird, da dies ein Mittel ist, die Lage der Arbeiterschaft zu bessern.“

Als zweites Mittel sehen die Steinarbeiter Berlins die Schaffung wirklicher Wucherergelose an, da das bestehende ein Hohn auf das Wort Wucher bedeutet und die angebrohen und vollzogenen Strafen eher als eine Prämie, aber nicht als eine Strafe anzusehen sind.

Als nächstes Mittel käme in Frage, daß Grundbesitzer, wenn ihnen Sabotage oder Wucher nachgewiesen wird, enteignet werden.

Des weitern wäre dahin zu wirken, daß die internationalen Beziehungen der Arbeiterschaft dazu benutzt werden, auf die Arbeiterschaft und deren Organisationen in den Entente-Ländern daraufhin einzuwirken, daß sie auf ihre Regierungen einen Druck ausüben, damit die furchtbaren Lasten der Reparationen gemildert werden.

Zur Durchführung der ersten drei Punkte müssen die politischen Arbeiterparteien bereit sein, eventuell auf Neuwahlen hinzuwirken, oder dem Würgerium die Verantwortung für die bestehenden Verhältnisse durch Austritt aus der Regierung selbst zu überlassen und wenn notwendig, in Gemeinschaft mit dem F.D.G. das letzte Mittel der Arbeiterschaft anzuwenden.“

Es setzte hierauf eine neue lebhaftere Debatte ein. Resultat: Der Kollege Landin zieht seine Resolution zurück. Die Resolution Nitzsche wird hierauf einstimmig angenommen. Der Vorstand empfiehlt ab der 47. Woche eine Beitragserhöhung vorzunehmen. Die Versammlung ist damit einverstanden. Wenzel berichtet, daß die Gewerkschaftskommission beschlössen hat, für die Warenverforgungsstelle der Gewerkschaften eine Pflichtenmarke für männliche Mitglieder von 100 M., für weibliche Mitglieder von 80 M. und für jugendliche Mitglieder von 20 M. zu haben. Die Marken sind nur im Bureau zu haben. Das Ausschlußverfahren gegen Kernbach, Hämmerl und Wehda wird nach ausführlicher Begründung genehmigt.

Mittweida. Am Sonntag, dem 19. November 1922, wurde für den Bezirk Südwest-Sachsen im Volkshaus in Chemnitz eine Sitzung abgehalten, vertreten waren sämtliche Zahlstellen außer Trohburg. Zum ersten Punkt gibt der Bezirksleiter Kollege Zippel eingehend Bericht über die Lohnverhandlungen. Ganz besonders betonte er, daß das Unternehmertum in der Steinindustrie sehr wenig Verständnis zeigt für die Notlage der Arbeiter. In den meisten Fällen muß erst das Tarifarbitr angezogen werden. Die darauf folgende Debatte war lebhaft. Allgemein ist man darüber enttäuscht, daß die Steinarbeiter in der Entlohnung weit hinter den andern Berufsgruppen hinken trotz der fürchterlich schweren Arbeit und vor allen Dingen den Witterungsverhältnissen ausgesetzt sind. Die Anwesenden geben ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß sie zu gegebener Zeit zur Selbsthilfe schreiten. Den Unternehmern scheint am Frieden nicht viel zu liegen, sie wollen, wie es scheint, den Kampf. Kollege Roth, Neuschmühle, berichtet, daß Steinmetzen, die vorübergehend mit andern Arbeiten beschäftigt werden, aber im Bauarbeiterverband organisiert sind, den Bauarbeiterlöhnen erhalten. Herr Kemmann als Direktor versicherte dem Bezirksleiter gegenüber, daß er sich dafür verwenden wolle, daß auch seine übrigen Steinarbeiter den Bauarbeiterlöhnen erhalten, aber weit gefehlt, jedenfalls hat Herr Kemmann es vergessen, sein Versprechen einzulösen. Den Steinmetzen ist zu empfehlen, daß sie auch Solidarität pflegen. Weiter wurde das Affidavit einer Kritik unterzogen, das einen großen Teil mit Schuld daran trägt, daß die Grundentlohnung niedrig bleiben. Zeigen die Unternehmer nicht bald mehr Verständnis für eine auskömmliche Entlohnung, so werden wir darauf dringen, daß der Afford vollständig beendet wird. Hieraus gibt Kollege Zippel den Kassenerbericht, der mit einer Mehrausgabe von 2540.14 M. abschließt. Die Mehrausgabe wurde dadurch verursacht, daß die Lohnverhandlungen in kurzen Abständen aufeinander folgten und die Bezirksbeiträge viel zu niedrig sind. Wir müssen entweder den Bezirk auflösen oder die Beiträge an den Bezirk erhöhen. Die Revisoren bestätigen die Richtigkeit der Kasse und Bücher und auf Antrag derselben wird dem Bezirksleiter einstimmig Entlastung erteilt. Den Bezirksbeitrag wird einstimmig auf 20 Mark pro Kopf und ¼ Jahr rückwirkend ab 3. Quartal erhöht. Kollege Zippel berichtet noch über den viertägigen Streik in Aue, wo es ihnen gelang, für die Hilfsarbeiter 15 Prozent herauszuholen. Besondere Aufmerksamkeit widmete man der Karezanzzeit bei Streiks, sie muß auf alle Fälle revidiert werden. Diese vierteljährige Karezanzzeit ist ein Hemmnis bei allen Lohnbewegungen. Unternehmenseits wird es auch ausgeschlossen, da man genau weiß, daß die Arbeiterschaft mit den paar Mark nicht streiken kann, infolgedessen von einem ersten Kampfe Abstand nehmen muß. Kommt man zum Beispiel mit einer Beitragserhöhung, so löst man wiederum wegen dem ¼ Jahr auf große Schwierigkeiten. Feststellen muß man allerdings nach der letzten Abrechnung, daß nicht alle Zahlstellen der Parole Folge leisten: „einen Stundenlohn als Verbandsbeitrag“. Wenn alle Zahlstellen ihren Verpflichtungen voll und ganz nachkommen, so würde es auch besser aussehen mit unseren Finanzen. Auch muß mehr Wert auf Pünktlichkeit in bezug der Abrechnung gelegt werden, damit nicht Zahlstellen wiederholt im „Steinarbeiter“ genannt werden müssen; es sind fast immer dieselben. Nach längerer Diskussion gelangt einstimmig folgende Resolution zur Annahme: Die heute im Volkshaus zu Chemnitz tagende Bezirksversammlung, Bezirk Südwest-Sachsen, empfiehlt, die Karezanzzeit von 13 Wochen auf 4 Wochen herabzusetzen, damit die im Kampfe stehenden Kollegen früher in den Genuß der erhöhten Streikunterstützung gelangen. Sind die Mittel nicht ausreißend, so sind Gratreuermarken zu erheben. Es muß strikte durchgeführt werden: „Ein Stundenlohn als Verbandsbeitrag“ zu leisten. Der Zentralvorstand mit dem Beirat müssen sofort die nötigen Schritte in die Wege leiten.“ Des weitern wurde Beschwerde geführt über die Bezahlung der Urlaubstage bei MfArbarbeitern. Der Reichstarif ist zum neuen Jahre zu kündigen; die Ferienfrage muß eine Verbesserung erfahren. Als letzter Punkt wurde die neue Lohnforderung behandelt. Mit Rücksicht auf niedrige Entlohnung im Gegensatz zu der hohen Preissteigerung muß ein Stundenlohn von 800 Mark gefordert werden. Nach weiteren internen Angelegenheiten erreichte die Versammlung gegen 4 Uhr ihr Ende.

Bremen. Die am 21. November 1922 tagende Zahlstellenversammlung beschloß sich unter andern mit der Beitragsleistung und der Gegenleistung des Verbandes der Unterstüttungen. Sämtliche Diskussionredner vertraten die Meinung, daß zur Finanzierung des Verbandes ein Stundenlohn abgeführt werden müsse; es waren aber auch sämtliche Redner der Ansicht, daß die Karezanzzeit unbedingt herabgesetzt werden müsse, und zwar auf vier Wochen, wenn schon alle vier Wochen die Beiträge reguliert werden sollen, muß doch wenigstens der vorherige Unterstüttungsbeitrag zur Auszahlung kommen. Der Verbandsvorstand hat die Folgerung zu ziehen und der kolossalen Selbstwertung Rechnung zu tragen, damit die Karezanzzeit auf vier Wochen herabgesetzt wird. Es kamen noch verschiedene Anregungen, daß der Markenvertrieb besser werden müsse. Der Beweis ist doch da, denn die teuersten Marken von der Zentrale sind 170 M. Es wurde folgender Antrag des Kollegen

Starke einstimmig angenommen: Die Steinarbeiter Bremens stehen auf dem Standpunkt, daß die dreimonatliche Karezzeit bei dieser ungeheuren Schwankung des Geldes und des Lohnes nicht mehr zeitgemäß ist, und darum eine kürzere Karezzeit am Platze ist. Die Beiträge müssen monatlich dem Stundenlohn angepaßt werden und sind monatlich an die Zentrale zu senden. Die Karezzeit für Streikunterstützung ist auf vier Wochen herabzusetzen. Sie fordern die Zentraleleitung sowie den Beirat auf, in diesem Sinne zu wirken. Sollte dies nicht geschehen, so stehen die Steinarbeiter Bremens auf dem Standpunkt, daß eine Urabstimmung diese Fragen entscheiden soll.

Metten. Um arbeitssuchende Kollegen vor Schaben und Enttäuschung zu bewahren, diene folgendes zur Kenntnis: Vor kurzer Zeit erhielt die Bahnhofsstelle Metten von einem Herrn Anton Stiegelbauer aus München eine Anfrage, ob mehrere gelernte Steinarbeiter zur Arbeitsannahme nach Rohel (Oberbayern) bereit seien. Weil hier in Metten vor Zeit Arbeitslosigkeit herrscht, wurde die Anfrage sofort mit ja beantwortet. Nach weiterer Verständigung machten sich zehn Kollegen, größtenteils Familienväter, auf die Reise, hatte ihnen doch jener recht begehrenden Herr Stiegelbauer ein gutes Arbeitsverhältnis, hohen Lohn, angenehme Unterkunft und noch verschiedenes anderes versprochen. Nun kam leider für die Kollegen gar bald die Enttäuschung, denn die Lügen des Herrn A. Stiegelbauer hatten auch nur kurze Weile Raum an der Arbeitsstelle angelangt, wurden unsere Kollegen vom dem Betriebsrat der dortigen Baufirma mit großem Mißtrauen empfangen und gesagt, daß durch ihre Ankunft die bis jetzt an dieser Stelle beschäftigten Steinarbeiter gezwungen wurden, an anderer Stelle Arbeit zu nehmen. Unsere Kollegen sollten also im Nachahmung des H. Stiegelbauer bei denkbar schlechtesten Verhältnissen ein Akkordsystem einführen, welches schon von den vorher Beschäftigten als unmöglich bezeichnet und daher abgelehnt wurde. Als Stiegelbauer darüber zur Rede gestellt wurde unter Hinweis auf seine bis jetzt noch nicht erfüllten Versprechungen, verduftete er kurzer Hand nach München, worauf unsere Kollegen von der Bauleitung zu verstehen gegeben wurde, daß somit auch für sie kein Platz mehr sei. Nach nur achtstündigem Aufenthalt mußten sie wieder die Rückreise antreten zu ihrem größten Schaden. Zur Person des Anton Stiegelbauer sei festgestellt, daß er selbst ein aus Metten gebürtiger Steinarbeiter ist und als sogenannter Unteragent die unrühmliche Rolle spielte, die Kollegen unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zur Annahme des erwähnten Arbeitsverhältnisses zu gewinnen. Die Urheber dieser hierzu wird gewiß eine angemessene Vergütung für seine Person gewesen sein, die auf Konto der Nordarbeit unserer Kollegen gebucht werden sollte. Also Steinmetzen, Vorwärts! Die eventuellen weiteren Angeboten jenes Herrn Stiegelbauer, der im Vorspiegeln falscher Tatsachen ein Meister zu sein scheint.

Grimma-Durgen. Die Bezirkskonferenz am 28. November nahm zunächst Stellung zur Lohnfrage. Hierbei wurde das unsoziale Verhalten unserer Unternehmer bei Lohnverhandlungen auseinander gesetzt und dementsprechende Beschlüsse gefaßt. Die Kollegen wissen, daß es nur an einigen Herren liegt, die da glauben, die Arbeiter bergewaltigen zu können und die anderen leisten ihnen Gefolgschaft. Doch die Stunde wird kommen, wo ihnen diese geradezu blinde Gefolgschaft sauer aufstoßen wird und sie einschnehen werden, daß sie mißbraucht worden sind gegen sich selbst. Eine Extratur mit seinen Arbeitern erlaubt sich Herr Laue. Viele Wochen schon läßt er nur noch drei Tage arbeiten. Muß ein Arbeiter heute schon bei sechstägiger Arbeit davor, so muß er bei dreitägiger direkt verhungern. Doch Herr Laue sagt, ich habe kein Geld und auch keine Lieferung, daß andere geht mich nichts an. Wir glauben aber bestimmt, es liegt auch noch an etwas anderem; Herr Laue will sich rächen, das hat er auch schon so halb verraten. Es geht auch daraus hervor, daß die Kollegen anderwärts keine Arbeit erhalten, trotzdem man dort Leute braucht. Denn Herr Laue sagt, als sich Kollegen mit ihm darüber unterhielten, ja wenn ihr freit, laßt ihr doch auch niemand arbeiten. Ein weiterer Beweis dafür ist Herr Mübius, dieser erklärt, Arbeiter von Laue stelle ich nicht ein; meine Herren, warten sie es ab, die Arbeiter haben auch noch eine Erklärung abzugeben. — Weiter wird den Zahlstellen zur Pflicht gemacht, ihre Beiträge am 1. Dezember dem Stundenlohn anzupassen, um einerseits die Hauptkasse zu stärken und andererseits die Kollegen für kommende Kämpfe gerüstet zu finden. Dazu ist natürlich Vorbedingung eine vierwöchentliche Karezzeit.

Wirtschaftliche und soziale Wochenchau.

(R. W. B.) Die jetzt offen ausgesprochene Absicht der Franzosen, die Besatzungszone zu erweitern und innerhalb des besetzten Gebietes die deutsche Zivilverwaltung durch eine französische zu ersetzen, bedeutet eine Bedrohung unserer Wirtschaft, deren Tragweite gar nicht überschätzt werden kann. Wer in den letzten Wochen die Vorgänge an den deutschen Börsen aufmerksam verfolgte, mußte schon den Eindruck gewinnen, daß das starke Interesse des Auslandes für westdeutsche Industripapiere mit politischen Plänen zusammenhängt. Jetzt sieht man in diesen Dingen schon klarer. Der alte Plan der Herbeiführung einer engen Interessengemeinschaft zwischen französischem Erz und deutscher Kohle nimmt plötzlich greifbare Gestalt an. Stinnes hat vor wenigen Wochen versucht, durch seine Verhandlungen mit französischen Interessenten ähnliche Ideen auf dem Wege freier Vereinbarung zu verwirklichen. Einflußreiche Kreise der französischen Schwerindustrie standen jedoch dem Gedanken einer gütlichen Verständigung wie auch den deutsch-französischen Wiederaufbauverträgen ablehnend gegenüber. Man möchte das große Geschäft gern ohne die Deutschen machen. Schon seit fast drei Jahren treibt man die „friedliche Durchdringung“ des Rheinlandes mit „französischer Kultur“ und französischem Kapital. Hunderte von Bankfilialen und Detailgeschäften sind bereits von Franzosen im besetzten Gebiet gegründet worden oder aus deutschen in französische Hände übergegangen. Die Kontrolle über die westdeutsche Großindustrie, die Einführung französischer Zivilverwaltung und die militärische Besetzung von Essen und Bochum würden weitere Schritte auf dem Wege zu einem längst feststehenden Ziele sein. Die Einführung französischer Währung im besetzten Gebiet und die Erweiterung der französischen Zollgrenze bis zum Rande des unbesetzten Deutschlands wären dann nur noch eine Frage der Zeit. Gelingt es den Franzosen, diese Pläne zu verwirklichen, so ist damit ihre Vormachtstellung am internationalen Eisenmarkt (übrigens eine starke Bedrohung englischer Wirtschaftsinteressen) gesichert. Der deutschen Industrie wäre damit auch die letzte Kohlenbasis fast ganz entzogen. In solchem Falle ist die deutsche Wirtschaft unweigerlich der Verelendung und dem Siechtum preisgegeben. Noch bleiben uns einige Wochen zu Verhandlungen. Man darf dabei auf amerikanische oder englische Hilfe bei dem jetzigen Stande der Weltpolitik keine Hoffnungen setzen. Es ist möglich, daß die scharfe Betonung der französischen Absichten nur den Zweck hat, einen Druck auf Deutschland und vor allem auch auf seine Industriekreise auszuüben. Andererseits ist aber nicht zu vergessen, daß die jetzt bekanntgegebenen Absichten den Interessen sehr einflußreicher französischer Industriekreise entsprechen, die alles daran setzen werden, um in den Besitz „produktiver Pfänder“ zu kommen. Man hat sich oft in kritischen Situationen von der Schicksalsstunde Deutschlands gesprochen. Diese Bezeichnung war aber wohl noch nie so berechtigt wie im gegenwärtigen Augenblick. Es stehen jetzt nicht lediglich die Interessen des in der Westdeutschen Montan- und chemischen Industrie investierten Großkapitals auf dem Spiele, sondern es handelt sich um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes und seiner Wirtschaft. Die neugewählte Reichsregierung hat eine harte Maß zu fassen. Selbst wenn es noch einmal gelingt, in letzter Stunde die Freiheit der westdeutschen Industrie zu retten, so wird doch unter dem Druck der Ungewißheit und Sorge die wirtschaftliche Situation, die sich bereits auf allen Keilen des inländischen Warenmarktes deutlich ankündigt, in den kommenden Wochen weitere Fortschritte machen.

Die Tyrannei des Dollarsturzes. Seit der diesjährigen Leipziger Herbstmesse wird in der Handels- und Fachpresse eine lebhaft Diskussions über die Preisfestsetzung für Inlandsaufträge geführt. Diejenigen Industrien, die ausländische Rohstoffe verarbeiten, suchen natürlich das Valutarisiko auf ihre Abnehmer abzuwälzen. Häufig beschränkt man sich aber nicht hierauf, sondern man ist bestrebt, den Preis der ganzen Ware, der sich doch eigentlich aus Rohstoffpreisen, Arbeitslöhnen, Unternehmergewinn und Generalunkosten zusammensetzt, in ausländischen Valuten zu berechnen und bezahlen zu lassen. Diese Methoden haben sich schon weit verbreitet. Solange der Inlandsmarkt aufnahmefähig genug war und solange das Ausfuhrgeschäft sich spielend leicht gestaltete, war der Widerstand gegen die Fakturierung in Edelvaluten zeitlich ausfälschlos. Neuerdings gehen jedoch Inlandsaufträge nicht mehr so reichlich ein und am Inlandsmarkt zeigen sich unter dem Einfluß der Teuerung allenthalben Störungen. Infolgedessen hat besonders im Textil- und Bekleidungsgebiete die Gepflogenheit der Preisfestsetzung in Edelvaluten zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessentengruppen geführt. Sehr kritisch ist die Lage in der Wolllindustrie, dem Tuchgroßhandel und der Konfektion. Hier hat man seit einigen Monaten für alle Geschäfte zwischen Fabrikanten, Grossisten und Detailhändlern die Fakturierung in Edelvaluten eingeführt. Die Konfektion hat im vergangenen Sommer viel größere Tuchposten beim Großhandel bestellt, als sie in Wirklichkeit verarbeiten konnte. Man rechnete eben mit einer geringeren Zuteilung, da man annahm, daß die Knappheit an fertiger Ware noch länger andauern werde. Inzwischen ist es aber anders gekommen. In dem Maße, wie das Exportgeschäft abflaute, waren die Webereien auf die Inlandsaufträge angewiesen, die sie nun sehr gern im vollen Umfange auszuführen. Die Grossisten sahen sich genötigt, die Ware, die sie bei einem Stamme des holländischen Gulden von etwa 500 M. bestellt hatten, zu einem Guldenkurs von rund 5000 M. abzunehmen. Die Detailhändler jedoch traten jetzt mit zahlreichen Abstellungen an den Großhandel heran, da sie mit Schrecken bemerkten, daß die breiten Schichten des deutschen Volkes nicht in der Lage sind, einen gewöhnlichen Anzug mit 80 000 bis 100 000 M. zu bezahlen. Jetzt erwies sich die Fakturierung in Edelvaluten als eine gründlich verfehlte Spekulation. Man hatte außer acht gelassen, daß die Kaufkraft der inländischen Bevölkerung trotz aller Valutakonjunktur doch das Maß der Warenmärkte ist, und daß man auch die schwer fließende Papiermark nicht ohne weiteres aus dem geschäftlichen Verkehr verdrängen kann. Das deutsche Volk ist seiner überwiegenden Mehrheit auf ein Papiermarktsystem angewiesen und kann sich die Bezahlung der wichtigsten Lebensbedürfnisse nach dem Dollar- oder Guldenkurs nicht einfach aufdrängen lassen. Die Vorgänge in der Wolllindustrie und der Konfektion verdienen ernste Aufmerksamkeit. Vorläufig finden zwischen den Verbänden der einzelnen Interessentengruppen Verhandlungen und Auseinandersetzungen statt. Keiner will nachgeben und Opfer bringen. Solange alles gut ging, hat man allerdings die Konjunkturgewinne sehr gern mitgenommen. Der Konsument, den die Sache am stärksten berührt, wird überhaupt nicht um seine Meinung gefragt. Er verliert gerade auf dem Gebiete des Bekleidungsgebietes über keine Organisationen und ist deshalb nicht in der Lage, bei den Verhandlungen ein ernstes Wort mitzureden. Trotzdem sind die Verbraucher nicht machtlos. Sie müssen jetzt — und die Not zwingt sie ja auch dazu — im Einkauf von Bekleidungsgegenständen eine gewisse Zurückhaltung beobachten. Das gilt besonders im Hinblick auf das herannahende Weihnachtsgeschäft. Die beteiligten Kreise sind in der Tagespresse oft genug vor der Preisfestsetzung nach dem Dollar- oder Guldenkurs gewarnt worden. Wenn ihre Spekulation jetzt zusammenbricht, so muß die Verbraucherschaft es ganz energisch ablehnen, die Beche zu bezahlen.

Steinarbeiterverband.

Trotz wiederholter Bekanntmachung im „Steinarbeiter“, für feststehende Adressen der Zeitungsempfänger zu sorgen, nehmen die Änderungen in letzter Zeit wieder überhand. Adressänderungen im Zeitungsvorstand können nur vor Beginn des neuen Vierteljahres berücksichtigt werden. Zum Beispiel für das 1. Vierteljahr bis 10. Dezember, für das 2. bis 10. März, für das 3. bis 10. Juni und für das 4. bis 10. September. Denn jedesmal bis zum 15. der genannten Monate muß das Adressenmaterial der Poststelle in Leipzig eingeleistet werden. Adressenänderungen während eines Vierteljahres können nur in Frage kommen bei Abreise, Sterbefall oder Verbandsaustritt des bisherigen Zeitungsempfängers, sonst sollte es ausgeschlossen sein; dafür müssen die Zahlstellenverwaltungen unbedingt Sorge tragen. Durch die fortwährenden Änderungen leidet auch die Zustellung; die Folge ist Verschwendung, weitere Hin- und Herbretterei und Lauferei nach der Leipziger Poststelle. In einigen Orten funktioniert es gar nicht, in anderen will es anscheinend nicht klappen und die Schuld bekommt dann jedesmal die Verbandsstelle. Was ersuchen ersichtlich, diesen Hinweis zu beachten!

Rundschau.

Aus der Steinindustrie. Im Nachstehenden bringen wir eine Betriebsbekanntmachung eines Firmeninhabers in Halle a. S. vom September 1922. Das Dokument wirkt für sich, eine Glossierung ist überflüssig, weiter kann nur noch gesagt werden: „Düßche Spraf, ist schwere Spraf“.

Die Septemberlöhne verlangen einschneidende Maßnahmen, wenn ich nicht gezwungen werden soll, in aller Kürze meinen Marmorbetrieb vollständig schließen zu müssen, eine Härte, die nicht allein mich trifft, sondern auch die, die voll ihre Arbeitskraft einsetzen, um den Betrieb leistungsfähig zu machen und auch zu halten.

Ich vermitte nach wie vor den Willen einer größeren Anzahl meiner Leute, mir helfen zu wollen, den Betrieb auf eine Rentabilität und Leistungsfähigkeit zu bringen, die zu mindest als normal zu bezeichnen ist.

Bisher ist die Leistungsfähigkeit unter normal, im neuen, in jeder Beziehung verbesserten Betrieb sogar noch geringer als im alten.

Die Lohnspannung zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern ist latinfähig derart, daß ein männlicher Arbeiter heute ungefähr das 100fache, die Arbeiterin jedoch das ungefähr 150fache des Friedenslohnes bezieht.

Die Leistungen aller Arbeiterinnen stehen in einem andern Verhältnis zu denen der Arbeiter und habe ich hierüber genügend Erfahrungen in meinem eigenen Betriebe gesammelt.

Ich muß daher alle drei beschäftigten Arbeiterinnen ersuchen, sich um andere Arbeit umzusehen.

Eine Kündigung ist hiermit nicht ausgesprochen, doch behalte ich mir die Entlassung in aller nächster Zeit vor.

Die Schleifer bzw. Arbeiter

Thieme
Dienemann
Brotbe, Mag
Maus
Brotbe, Richard
Kreißchmann

muß ich ebenfalls ersuchen, sich nach anderer Arbeit umzusehen aus nachstehenden Gründen, von denen das ein jeder auf sich beziehen kann, was zutrifft.

Eine Kündigung ist hiermit ebenfalls nicht ausgesprochen, doch behalte ich mir die Entlassung in aller nächster Zeit ebenfalls vor.

Es fehlt das Verständnis für die Schwere der Zeit und genügt es durchaus nicht, wenn die Meinung vorhanden ist, wenn er bei der Arbeit steht, sei alles in Ordnung.

Männer mit Ehemännern bei der Arbeit sind keine Männer, ich kann sie nicht für ernst und gefaßt ansehen, um sie gebrauchen zu können.

Wenn in meiner Abwesenheit politische Lieber gefungen werden, wird dadurch etwas bezweckt. In meinem Betriebe kann gefungen werden was will, aber keine politischen Lieber.

Diejenigen, die Lernende sind und das sind Genannte alle, können die fehlenden Kenntnisse sammeln, wenn sie wollen, doch fehlt das Interesse daran, voll leistungsfähig zu werden. Es genügt ihnen, wenn es halbwegs geht.

Diejenigen, die die Arbeit bewußt sabotieren, sind Idealisten im besten Falle und Arbeitsidealisten kann ich in meinem Betriebe nicht gebrauchen.

Diejenigen, den sich beobachtet bei der Arbeit und dadurch bedrückt fühlen, sind nicht die Männer, die ich gebrauche.

Ein jeder, der seine ganze Arbeitskraft einsetzt, kann ruhig beobachtet werden, ohne sich bedrückt zu fühlen, auch wenn er sich im Augenblick des Beobachtens von der intensiven Arbeit ausruht.

Der kommenden großen Arbeitslosigkeit kann nach Möglichkeit nur gesteuert werden, wenn jeder seine ganze Arbeitskraft und seinen ganzen Willen zur Arbeit auf die Arbeit konzentriert, damit ich Qualitätsarbeit konkurrenzfähig abgeben kann.

Ich erwarte, daß Vorstehendes in einer Betriebsversammlung nach Feierabend in aller Ruhe besprochen wird, damit die, die demnach entlassen werden müssen, auch wissen, warum sie entlassen wurden.

Soziales. Goldlöhne? Herr Stinnes hat in seiner Deutschen Allgemeinen Zeitung als Anzeigenpreis 20 Goldpfennige für die Zeile festgesetzt!

Der Kinder- und Jugendschutz ist in Dänemark durch Gesetz neu geregelt worden. Kinder unter 14 Jahren dürfen überhaupt nicht mehr beschäftigt werden, Jugendliche von 14 bis 18 Jahren nicht zwischen 7 Uhr abends und 6 Uhr morgens. Im Interesse der Ausbildung können Ausnahmen zugelassen werden. Die Genehmigung wird vom Reichsinnenminister erteilt. Dem gegenüber berichten die deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten von der Mangelhaftigkeit des deutschen Kinderschutzes. Das Gesetz steht nur auf dem Papier. Ja, zum großen Teil wird von der deutschen Gewerbeaufsicht ein Wiederanstehen der Zahl der beschäftigten Kinder festgestellt.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Folgende Zahlstellen hatten bis zum 5. Dezember die Abrechnung des 3. Quartals noch nicht eingefandt:

1. Gau: Wernsdorf.
2. Gau: Jbbnbüren, Müthen.
3. Gau: Donn.
4. Gau: Teufsdorf.
5. Gau: Biereith.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Zur Beachtung! Es ist schon wiederholt bekanntgegeben, daß jeder Kollege bei Reise in jedem Ort sich umgehend beim Zahlstellenvorstand über die örtlichen beruflichen Verhältnisse die nötige Information zu holen hat, auch dann, wenn am Ort keinerlei Differenzen bestehen. Das gilt für alle Orte und zu jeder Zeit!

Gemeinlich. In der Vorstandssitzung am 29. November wurde beschlossen, die örtlichen Unterstützungsfälle soweit es die örtlichen Finanzverhältnisse gestatten, zu erhöhen. Der laut Versammlungsbekanntmachung die Versammlung besuchte, soll 200 M. als Ortszuschlag erhalten. Der schlechte Versammlungsbesucher erhält nur 75 M. wöchentlich zum Unterstützungsfall der Zentrale. Die volle Unterstützung (200 M.) erhält nur mindestens neun Versammlungen im Jahre besuchte. Die Unterstützungsdauer richtet sich nach dem Statut. Krasse Fälle werden von Fall zu Fall geregelt.

Frankfurt a. D. Unterzeichnete Kollegen haben das Zahlstellenmaterial vom Kollegen Reinweber übernommen und festgestellt, daß eine Anzahl Kollegen der Zahlstelle mit ihren Beiträgen im Rückstand sind. Alle Kollegen, denen an einer Aufrechterhaltung ihrer Mitgliedschaft und erworbenen Rechte gelegen ist, werden ersucht, die Rückstände sobald wie möglich zu begleichen, andernfalls sie nach § 8 Abs. 5 a des Statuts gestrichen werden müssen.

Emil Krüger, Fritz Becker.

Alle Anfragen und Zuschriften sind zu richten an Fritz Becker, Frankfurt a. D., Bergstr. 2 bei Fische.

Adressenänderungen.

1. Gau.
Brandenburg. Vorf.: Otto Niemann, Düppelstr. 12.
Parchim. Vorf.: Herm. Schult, Range Straße 70.
2. Gau.
Grünberg. Vorf.: Josef Kauf. Kass.: Adolf Girschmeier.
4. Gau.
Rhünda (Post Gensungen, Bez. Cassel). Vorf.: Joh. Bode. Kass.: W. Haarbüsch.
5. Gau.
Rahrod (Westf. Post Altena). Vorf.: Franz Schrendorf, Lasbed. Kass.: Robert Berg, Lasbed.
7. Gau.
Eigelsberg. Kass.: Jos. Fröller, Niedermurach, Post Oberbiechtach.
Steinwiesen. Vorf.: Johann Friedel, Nr. 94.

Anzeigen

Änderung für Lungen- und Asthmal leidende (sowie Besserung der Atemwege) O.H.C.-Tabletten. (Hersteller: **Oskar Heintz, Ernst, Fabrik pharmazeutischer Präparate, Rempten (Allgäu).**) Eine Kur erfordert je nach dem Leiden 4 bis 6 Kartons. Originalverkaufspreis pro Karton 200 M. Diese Tabletten wurden von einigen Steinarbeitern auf ihre Wirkung erprobt und sehr warm empfohlen.

Grabmal- und Kriegererkmäntel zeichnet Franz Sieglor, Bildhauer, Siegen (Südruh), Adler Straße 87. Moderne Erbkisten - Entwürfe. (Verbands-Nr. 61282.)

6 Steinhauer u. 4 Spalter für sofort gesucht. Bezahlung Schwarzwaldbar. Julius Sauer, Elmshausen-Str. 6. Baustelle Raumbühnen.

Einige Steinmetzen auf Betonbau sofort gesucht. Stundenlohn 2. St. Nr. 240. R. Schwarz, Langermünde a. E.

Marmorarbeiter, der mit dem Marmor bestens vertraut ist, wegen Wohnungsnot auf kurze Zeit zum Anlernen, besonders für das Ritzen, gegen sehr gute Bezahlung gesucht. Solcher könnte auch dauernd hier bleiben.

Granitwerk Eisenhammer (Feind. Popp) Steinwiesen b. Kronach i. Bayern.

Bei hohem Lohn

einige Steinrichter gesucht. Logis und Wohnungen vorhanden.

Hugo Uhl, Kassel
Hießbergstraße 40.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis einzuhandelt werden.)

In **Burgswaldbach** am 27. Oktober der Hilfsarbeiter **Johann Wupp,** 65 Jahre alt, Magenreiß.

In **Hoburg** am 13. November der Plastersteinmacher **Ernst Mikulisch,** 58 Jahre alt, Lungenentzündung.

Gebreihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Windler, beide in Leipzig.
Druck: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig.